

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 37.

Montag, den 13. Februar 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das preußische Veto.

Elßaß-Lothringen, seit 40 Jahren ein Bestandteil des Deutschen Reichs, strebt nach bundesstaatlicher Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit ist bereit, den Wunsch der Reichslande zu erfüllen. Am Donnerstag hat sich die Kommission des Reichstags mit 17 gegen 7 Stimmen für die Erhebung der Reichslande zu einem selbständigen Bundesstaat und mit 20 gegen 4 Stimmen für die Vertretung Elßaß-Lothringens im Bundesrat ausgesprochen. Der Staatssekretär Delbrück aber erklärte, daß ein solcher Beschluß die Schaffung einer Verfassung für Elßaß-Lothringen in absehbarer Zeit unmöglich machen werde.

Das deutsche Volk schickt sich an, mit den „wiedergewonnenen Brüdern“ ein Fest wahrhafter Verbrüderung zu feiern, da schreit die preußische Herrenkaste mit schneidender Kommandostimme ihr „Unannehmbar“ dazwischen! Der übereinstimmende Wille der elßaßisch-lothringischen und der übrigen reichsdeutschen Bevölkerung, die Beschlüsse des Landesauschusses in Straßburg und des Reichstags in Berlin, sie gelten nichts vor dem Willen einiger Machthaber, denen die Reichslande noch heute nichts anderes sind als eine willkommene Kriegsbeute! Die Erhebung der Reichslande zu einem selbständigen Bundesstaat bedeutet das Ende der Bestrebungen auf die Einverleibung Elßaß-Lothringens in den preußischen Staat. Und darum darf Elßaß-Lothringen kein freies Land werden — nicht einmal in dem kümmerlich beschränkten Sinn, in dem unter der preußischen Hegemonie überhaupt Freiheit im deutschen Süden geübt kann.

Niemand wird dem Staatssekretär Delbrück glauben, daß sich im Bundesrat gegen die Befreiung der Reichslande unüberwindliche Hindernisse aufwürfen. Gegen die Gewährung von Bundesratsstimmen an die Straßburger Regierung können unter den Vertretern der deutschen Mittel- und Kleinstaaten höchstens doch nur so lange Bedenken obwalten, als die reichsdeutsche Regierung bloß als eine Filiale von Berlin gedacht ist; in diesem Falle würde allerdings das preußische Gewicht im Bundesrat durch das Hinzutreten der Straßburger Filialstimmen eine den Süddeutschen unerwünschte Verstärkung erfahren. Wird aber Elßaß-Lothringen ein wirklicher Bundesstaat, der seine „völkische Eigenart“ in Formen eines selbständigen Staatswesens betätigen kann, dann kann sein Eintritt in den Bundesrat den übrigen außerpreußischen Staaten doch nur willkommen sein. Es ist also nicht der Bundesrat als solcher, der der Befreiung und Veröhnung der Reichslande als unüberwindliches Hemmnis gegenübersteht, sondern nur die preußische Regierung. Ein großes, für die Zukunft des Reiches und ganz Europa wichtiges und wertvolles Werk scheitert an dem Eigennutz der Berliner Politik. Das ist der Kern der Sache!

Elßaß-Lothringen wird nie aus freiem Willen deutzlich sein, solange man es zwingen will, preußisch zu sein. Das hat schon Bismarck gewußt, der am 25. Mai 1871 im Reichstag sagte:

„Je mehr sich die Bewohner des Elßaß als Elßasser fühlen werden, um so mehr werden sie ihr Französentum abtun. Fühlen sie sich erst vollständig als Elßasser, so sind sie zu loyale, um sich nicht gleichzeitig als Deutsche zu fühlen. Der Name „Preußen“ ist nicht ohne Erfolg durch die künstlichen — ich kann wohl sagen „Intrigen der französischen Regierung in Frankreich“ verhaßt gemacht worden im Vergleich mit dem der Deutschen. Es war eine alte Tradition daselbst, nicht anzuerkennen, daß die Preußen Deutsche wären, stets den Deutschen als solchen zu schmeicheln, sie als Schützlinge Frankreichs gegenüber Preußen hinzustellen. Und so ist es gekommen, daß der Name Preußen in Frankreich fast etwas Verlegendes hat, und überall, wo sie etwas übles von uns sagen wollen, da heißt es: Le gouvernement Prussien, oder les Prussiens und wo sie etwas anerkennen wollen, da sagen sie: les Allemands. Es ist also den Elßassern leichter, sich ihrer Abstammung als Deutsche bewußt zu werden, als den Namen Preußen anzunehmen.“

Ob es wirklich bloß die Intrigen der französischen Regierung waren, die das Preußentum neben dem Deutlichkeit in so ungünstigem Lichte erscheinen ließen, soll nicht näher erörtert werden. Tatsache ist es aber, daß sich an dem von Bismarck geschilderten Zustand seit her nichts geändert hat. Es hat sich infolge des in Preußen herrschenden junkerlich-reaktionären Juges und der blutigen Siegeranmaßung eher verschärft als gemildert. Und darum stehen die Dinge auch heute noch so, daß man im Elßaß allenfalls deutsch, aber um keinen Preis der Welt preußisch sein und bleiben möchte.

Die Erhebung Elßaß-Lothringens zum selbständigen Bundesstaat bedeutet die Entpreußung dieses Landes; diese Entpreußung, die Befreiung von dem Gefühl: erobertes, unterworfenenes Land zu sein, bedeutet aber zugleich auch wirkliche, dauernde, auf Zusammengehörigkeitsgefühl beruhende Vereinigung des Elßaß mit dem Reiche. Soll diese wirkliche Wiedergewinnung der elßaßischen Brüder endlich zur Tat werden. Das deutsche Volk sagt ja, aber die preußischen Machthaber sagen nein!

Und ihr Wille entscheidet schließlich. Der Reichstag wird umfallen, oder das Verfassungswerk wird scheitern. Das deutsche Volk hat zwar die Reichslande mit seinem Blut erobert, es darf aber über die Gestaltung seines Schicksals nicht ernstlich mitreden. Es war ja nur willkürliches Werkzeug, Handlanger jener Vorherrscher, die das herrschende Preußentum mit seinem beiderseitigen Segen begnadete. Und selber bleibt es dem Schicksal unterworfen, das auch der reichsdeutschen Bevölkerung weiter beschreiben sein soll, Objekt, nicht Subjekt der Gesetzgebung zu sein!

Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Etwa 24 Mann stark, also so ziemlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit, wie Herr Camp nicht mit Unrecht sagte, verhandelte am Sonnabend der Reichstag über eine konservative Interpellation, die beweglich über die Überwältigung des heimischen Geldmarktes mit auswärtigen Papieren Klage führt. Die ganze Interpellation ist weiter nichts als eine Baife-Spekulation auf intellektuellen Tiefstand zurückgebliebener Wählermassen. Nach gewissen ostpreußischen Wahlen zu schließen, dürfte aber dies politische Börsenmanöver verzweifelter Bankrotteure herzlich schlechten Erfolg haben. Im Munde der Leute, die durch Hochschulzüge und Ausfuhrreiche dafür sorgen, daß deutsche Produkte im Auslande billiger verkauft werden als im Inlande, der Leute, die die Roggenfelder Ostpreußens, die Rübenäcker um Magdeburg und die Bergreviere Westfalens mit auswärtigen Arbeitern überschwemmen, die bereits sehnsüchtig nach chinesischen Kulis auspähen, im Munde dieser Leute nimmt sich die Klage über das „internationale“ Kapital grotesk-komisch aus. Unser Fraktionsredner Genosse Frank verfehlte denn auch nicht, diese politische Heuschrecke gebührend festzunageln. Die Sozialdemokratie hat durchaus keine Veranlassung, die Politik der Großbanken zu verherrlichen; ebensowenig aber hat sie Ursache, die demagogische Auffrischung merkantilistischer Großjunktur zu begünstigen, mit den Landwirtschaftsbürokraten und Antisemiten Stimmensfang treiben zu wollen. Dem Kampf zwischen Hanfabund und Landwirtsbund sieht sie mit den Gefühlen zu, die Raffinieren Königin bei dem durch Heine unsterblich gewordenen Streit zwischen Rabbi und Mönch empfand.

„Argend welches praktisches Ergebnis hatte natürlich die ganze Aktion der Konservativen in keiner Weise. Herr Delbrück war natürlich sehr verbindlich gegenüber den Kanigern, aber seine Verprechungen waren doch recht unverbindlich. Schließlich kann auch die Regierung Bethmann doch nicht den Agrariern zuliebe die ganze kapitalistische Entwicklung aufhalten. — Im Ernst verlangen das übrigens die Junker auch nicht. Auch sie wissen die Papierchen zu schätzen. Aber das Schimpfen auf das mobile Kapital gehört nun einmal zum Wesen der Feudaldemagogie. Wenn es nicht, finden sich Landbarone und Bankbarone, wie sich Geschickte und Conjurierter finden. Die Sitzung, die schon am Vormittag begann, schleppte sich unwillkürlich bis in die Abendstunden, weil der national-liberale Fraktionsbenjamin und Schokoladensyndikus Stresemann, der langbärtige Zoll-Spek vom Zentrum und der unvermeidliche Hahn kein Ende ihrer ellenlangen Ausführungen finden konnten.“

Am Montag steht der Martineet auf der Tagesordnung.

Die Militärvorlage in der Budgetkommission.

Am Freitag erledigte die Kommission die neue Militärvorlage, die selbstverständlich von den bürgerlichen Parteien angenommen wurde. Hervorzuheben ist, daß Abg. Erzberger dem Kriegsminister nahe legte, einen Teil des Armeebedarfs in den Strafanstalten herstellen zu lassen, ein Verlangen, das von dem Genossen Noske sofort entsprechend festgenagelt wurde. — Zum Schluß fanden noch einige Resolutionen zur Verhandlung. Das Zentrum verlangte, daß Gesuche um Befreiung Militärpflichtiger vom aktiven Dienste aus Billigkeitsgründen möglichst wohlwollend behandelt würden. Diese Resolution fand Annahme. — Von den Fortschrittler war folgende Resolution eingebracht worden: den Reichskanzler zu eruchen, dahin zu wirken, daß bei der Besetzung mili-

tärischer Stellen allein die persönliche Eignung ohne Rücksicht auf die politische oder konfessionelle Überzeugung oder die gesellschaftliche Stellung entscheiden soll.

Diese Resolution führte zu einer Debatte, in der die Genossen Stücklen und Noske mit dem Kriegsminister hart aneinander gerieten. Abg. v. Herlling (Zentr.) verlangte nämlich, daß das Wort „politische“ gestrichen werden müsse, weil sonst auch Sozialdemokraten als Offiziere geduldet werden müßten. Dieser Auffassung schlossen sich der Kriegsminister und die national-liberalen Abgg. Goercke und Osann an. Genosse Stücklen stellte fest, daß hier im Gegensatz zur Verfassung die Sozialdemokraten wieder einmal ganz offiziell zu Staatsbürgern zweiter Klasse gestempelt würden. Derselbe Kriegsminister und dieselben Parteien lassen sich aber die Sozialdemokraten als Soldaten und Steuerzahler ganz gern gefallen. Übrigens werde kein Sozialdemokrat etwa den „Chrgel“ haben, den Beruf des Offiziers zu ergreifen. Immerhin stehe es fest, daß die Sozialdemokratie auch unter den Offizieren Anhänger habe. Gerecht emgenehnt der Kriegsminister, daß ein Sozialdemokrat, der den Staat umstürzen und den Kaiser beseitigen wolle, nicht Vorgesetzter sein dürfe. Genosse Noske hielt dem Kriegsminister dann vor, seine Rede habe bewiesen, daß er von der Sozialdemokratie absolut nichts verstehe. Nach dieser Logik seien Sozialdemokraten eigentlich nur berechtigt, sich im Falle eines Krieges für dieses System totzuschlagen zu lassen. — Schließlich änderten die Fortschrittler ihre Resolution entsprechend den Zentrumswünschen um, wofür sie dann der Abgeordnete Gröber (Z.) weidlich verspottete. Das Ende vom Liede war, daß die Resolution abgelehnt wurde. Angenommen wurde eine Resolution, die verlangt, daß die Reform des gesamten Militärstrafrechts, des Beschwerderechts und des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen Offiziere sowie der Stellung der nicht dem aktiven Militärsstande angehörenden Personen in diesem Verfahren in die Wege geleitet werde.

Die weitere Beratung des Militäretats wurde auf Dienstag vertagt.

Mit Zagow unzufrieden . . .

Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt einer Zuschrift „aus der Berliner Bürgerschaft“ Raum, in der eine lebhafteste Unzufriedenheit mit dem Polizeipräsidenten Berlin zum Ausdruck kommt. Mit edler Entrüstung wird festgestellt, daß die meisten Berliner Tageszeitungen aus Anlaß der Totenfeier für Paul Singer „vollständig das Gefühl für ihre Pflicht gegen die Mehrheit der Berliner Bevölkerung“ verloren hätten. „Überall fand man einen förmlichen Wettstreit in der Berichterstattung über das singische Begräbnis.“ Die unparteiischen und national-liberalen Blätter hätten die Aufgabe gehabt, „darauf hinzuweisen, daß die Beerdigung Singers der Sozialdemokratie ein willkommenes Mittel zur Demonstration war.“

Schlummer noch als die Presse habe Herr v. Zagow gesündigt: „Die Komplimente, die sich der Polizeipräsident von der sozialdemokratischen und der ihr nahe verwandten linksdemokratischen Presse wegen seines Entgegenkommens gegen die sozialdemokratischen Demonstrationen holte, waren wohlverdient. Es wäre aber besser gewesen, wenn es nicht zu diesen Komplimenten gekommen wäre . . . Es muß ausgesprochen werden, daß der Polizeipräsident mit (?) der Mehrheit der Berliner Bevölkerung kein Verständnis gefunden hat.“ Es sei ein Markes Mißbehagen vorhanden, „das das nationalgefeimte Bürgerturn überkam, als es sah, daß Herr v. Zagow es zuließ, wie die Sozialdemokratie die Schaulust der Menge zu Propagandazwecken benutzte, um den falschen Urschein zu erwecken, daß es sich hier um eine Großmacht im Staate und im städtischen Leben handelte. Er mußte seinem eigenen Wahlpruch treu bleiben und „die Straße dem Verkehr“ überlassen. . . Er durfte nie die Erlaubnis zum Präsentieren der roten Reklameschleifen geben, weil er uns bei anderen Gelegenheiten immer ins Gedächtnis zurückrufen möchte, daß sie das Symbol der Staatsfeindlichkeit sind. Und dann noch eins. Kann uns der Polizeipräsident die Versicherung geben, daß er über genügende Mittel verfügt, um Ordnungsstörungen, die bei Ansammlung einer Menschenmenge von 100 000 Personen durch Aufhebung leicht entstehen können, sofort ohne Verlust an Gut und Leben Fernstehender zu unterdrücken. Herr v. Zagow ist Berliner Polizeipräsident und hat demzufolge gemäß mit der Weisheit der Berliner zu rechnen, er muß aber auch ihre Schaulust zu zügeln. Mit haben, wenn es das Staatsinteresse erfordert, denn er ist der königlichen Behörde und in erster Linie dem Lande Rechenschaft schuldig.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ will sich mit diesem Klageschrei aus der Tiefe der „Berliner Bürgerschaft“ nicht

unbedingt und in jedem Worte „identifizieren“, er erscheint ihr aber doch „als ein beachtenswerter Ausdruck einer im allgemeinen durchaus gerechtfertigten Stimmung und Sorge.“

Jagow wird sich verzweifelt und bekümmert sagen müssen, daß er trotz seiner Orden immer mehr an Boden verliert. Er kann es keinem recht machen. Seine Getreuesten werden an ihm irre.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Haus erledigte am Sonnabend in erster und zweiter Lesung den Gesetzentwurf über Bewilligung weiterer 12 Millionen Mark zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Staatsarbeitern und Beamten. Die Redner aller bürgerlichen Parteien erklärten sich mit der Maßnahme der Regierung einverstanden, nur unsere Genossen erhoben Einspruch. In ihrem Namen betonte Genosse Hirsch, daß die Bedeutung von gesunden Wohnungen durchaus anerkannt und überall, wo sich nur Gelegenheit bot, für Wohnungsreformen eingetreten seien. Trotzdem könnten wir der Vorlage nicht zustimmen, weil zu viele Erfahrungen vorlägen, daß die Regierung den Arbeitern und Beamten die Wohnungen kündige, sobald sie sich politisch oder gewerkschaftlich betätigen. So werde die vermeintliche Wohlfahrtsanleihe zu einer Wohlfahrtsplage.

Zustimmend äußerten sich unsere Genossen zu dem Gesetzentwurf über die Aufnahme einer Anleihe zur Erweiterung der Anlagen der Staatsbergverwaltung. Genosse Hoffmann erklärte, seine Freunde seien grundsätzlich für Überführung des gesamten Grund und Bodens und natürlich auch der Bergwerke in den Besitz der Allgemeinheit; außerdem forderten sie Maßnahmen zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter. Die Vorlage wurde der Budgetkommission überwiesen.

Der Gesetzentwurf über Erweiterung des Stadtkreises Erfurt ging an die Gemeindegemeinschaft. — Am Montag beginnt die Generaldebatte über den Etat des Ministeriums des Innern.

Nationalliberale Unentwegtheit.

Zu der Annahme des Zentrumsantrages in der Kommission für Elsaß-Lothringen bemerkt die „Nationalzeitung“:

„Auch die Regierung kann nicht wünschen, daß am Ende der letzten Session dieses Reichstags ein Berg von Gesetzentwürfen liege. Ein Ausweg aus dem unfruchtbaren, aber auch gefährlichen Hin- und Her wird und müßte sich finden lassen, wenn man der Anregung des Abgeordneten Bassermann folgen wollte, den Elsaß-Lothringern Bundesratsstimmen zuzugestehen, die sich auf reine innere wirtschaftliche Fragen beziehen. Mit Recht hat der nationalliberale Führer erklärt, daß dadurch, doch das Gleichgewicht im Bundesrat nicht gestört werden könnte. Senen aber, die auch diesmal die in politischen Dingen bedenkliche Formel: „alles oder nichts“ anwenden wollen, möchten wir entgegenhalten, daß in dieser heiklen und tiefgreifenden Frage „Alles“ sowohl wie das „Nichts“ von verhängnisvollen Wirkungen begleitet sein könnte.“

Der Gesetzentwurf über den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit

liegt jetzt dem Kaiser zur Unterschrift vor. Er wird dann sofort dem Bundesrat zugehen. Die Vorlage soll dem Reichstage noch in dieser Session zugehen.

Die gefährdete Strafprozessreform.

Am Montag beginnt im Reichstag, außergewöhnlich spät, die zweite Lesung des Etats, die sich mindestens bis zum Eintritt der Ferien hinziehen wird. Deren erst kann die unterbrochene Beratung der Strafprozessreform fortgesetzt werden. Wann sie zu Ende kommt, läßt sich heute noch garnicht übersehen. Die Regierung droht aber bereits offen mit dem Scheitern des Entwurfs, wenn die in zweiter Lesung gefassten Beschlüsse, daß als Strafrichter nur ständig angestellte Richter verwendet werden dürfen und daß Laien auch in der Berufungsinstanz zugezogen werden müssen, in der dritten Lesung aufrecht erhalten werden sollten. Besonders in der letzteren Frage will die Regierung unter keinen Umständen nachgeben, womit die ganze Reform ziemlich wertlos gemacht würde. Zwischen der zweiten und dritten Lesung wird nun bestimmt ein umfassender Rahmhandel getrieben werden.

„Zum Studium der Arbeiterfragen.“

Am Sonnabend beschäftigte sich das Landesökonomikollegium mit der Landarbeiterfrage. Professor Sering führte aus, daß die Qualität der landwirtschaftlichen Arbeit durch die ausländischen Arbeiter stark herabgedrückt werde. Die Landarbeiternot könne nur dadurch behoben werden, daß man dem Arbeiter mehr bieten als bisher, ihm die Möglichkeit gebe, vorwärts zu kommen und sich selbständig zu machen. In der Diskussion wütete ein Graf v. Kanau gegen die Sozialdemokratie, die kein Recht zur parlamentarischen Mitarbeit habe!!

Nach ziemlich ausgedehnter Debatte wurde schließlich ein Antrag Serings angenommen, der vorschlügt, eine Kommission von fünf Mitgliedern zum Studium der Arbeiterfragen zu wählen. Im übrigen sei es, heißt es in der Resolution, Sache der Landwirtschaftskammer, Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeiterverhältnisse zur Ausführung zu bringen.

Aus dem „Kreuzzeitungs“-Schmutzkalender.

So ihrer sozialpolitischen Rundschau auf Januar kommentiert die „Kreuzzeitung“: „Der Versuch der im vorigen Romant beendeten Strafprozesse gegen die Zeitnehmer an den jüngsten Straftatmüllern in Koabit und am Webding hat denjenigen recht gegeben, die den Ursprung dieser aus Streiks hervorgegangenen Unruhen dem unangenehmsten und schmerzhaftesten Treiben der sozialdemokratischen Organisationen zuschreiben. Nicht, als ob die Sozialdemokratie die unmittelbare Verantwortliche dieser Ausschreitungen gewesen wäre. Im Gegenteil, wie die gerichtlichen Verhandlungen ergeben, war die Teilnahme von sozialdemokratisch organi-

sierten Arbeitern an den zutage getretenen Rohheitsakten, in denen sich die Disziplinlosigkeit der Massen treffend widerspiegelte, den sozialdemokratischen Führern durchaus unangenehm und peinlich. Durch die maßlose Erregung der niedrigsten Leidenschaften aber und die Untergrabung der Autorität in Staat und Familie ist seitens der Sozialdemokraten in die weitesten Volkskreise eine solche überdies durchaus ungerechtfertigte Erbitterung getragen worden, daß es nur eines leisen Anstoßes bedurfte, um den angesammelten Haß gegen die öffentliche Ordnung und ihre berufenen Hüter zum Ausbruch zu bringen.“

Der antipolnische Duellprofessor.

Professor Bernhard, der der Berliner Universität nach seinem Polenvermittlungsbuche aufgezwungen wurde, schloß nach seinem Konflikt mit den Professoren Schmolzer und Sering das dringende Bedürfnis, mit seinen Gegnern etliche Pistolenschüsse zu wechseln. Ein erschütterndes Blutvergießen wurde durch das Eingreifen des Unterstaatssekretärs Schwarzkopf glücklich verhindert. Der Bericht der „Schiedskommission“ ist nun wahrscheinlich der Anlaß gewesen, daß die philosophische Fakultät in einer Eingabe an den Kultusminister zum Ausdruck gebracht, die weitere Zugehörigkeit Bernhards sei „nicht wünschenswert“. Nach Mitteilungen aus akademischen Kreisen hat der Kultusminister die Eingabe ablehnend beschließen.

Konservativer Kriegsrat.

Am Freitag nachmittag voriger Woche trat der sogenannte große Ausschuss der konservativen Partei zusammen, um zu schwebenden Tagesfragen Stellung zu nehmen. Als Hauptthema der Beratungen wird die Organisation der bevorstehenden Reichstagswahlen genannt. — Nach dem Rücktritt des Freiherrn v. Manteuffel vom Vorsitz der Partei soll ein Vorschlag Aussicht auf Annahme haben, nach dem der Vorstand der Partei fortan aus den Abg. v. Henning, v. d. Laue und v. Norman, ferner dem Vorsitzenden des Hauptvereins der Deutsch-Konservativen, Regierungsrat Stackmann, bestehen soll.

Mißtrauische Farmer.

Das in Windhuk erscheinende Organ des Farmerbundes erklärt, daß, wenn Paul Kohrbach als Reichstagskandidat aufgestellt würde, er nicht als Vertrauensmann der südafrikanischen Farmer in kolonialen Fragen zu gelten habe.

Herr Paul Kohrbach hat eine Studienreise nach Südafrika unternommen und die Ergebnisse dieser Reise in einem Buch niedergelegt. Der Verfasser spielte sich darin als völlig objektiver Beobachter auf. Hinführend wurde bekannt, daß Herr Kohrbach seine Reise im Auftrag und auf Kosten einer Diamantengesellschaft gemacht hat, die mit der Politik Durban nicht einverstanden war.

Elsaß-Lothringen und die starke Regierung.

Offiziell wird mitgeteilt, in der Presse werde ange- deutet, nach den Kommissionsbeschlüssen über die Erhebung Elsaß-Lothringens zum selbständigen Bundesstaat mit Stimmrecht im Bundesrat werde die Reichsregierung weitere grundsätzliche Zugeständnisse in der Ausgestaltung des Verfassungsentwurfs für die Reichslande machen. Diese Auffassung werde sich als irrtümlich erweisen. Die verbündeten Regierungen waren bereit, in Einzelpunkten etwaigen Wünschen des Reichstags wegen Abänderung des Verfassungsentwurfes Rechnung zu tragen. Die Grundlinien aber können nicht geopfert und demgemäß weitere prinzipielle Zugeständnisse im Sinne der letzten Beschlüsse nicht erwartet werden.“

Perthen.

Er mordung des russischen Generalkonsuls in Ispahan? Der russische Generalkonsul in Ispahan wurde Sonnabend in einem Brunnen auf dem Konsulatsgrundstück ertrunken aufgefunden. Ange- sichts der großen Erregung, die der kürzlich auf den Gouverneur verübte Anschlag und der Umstand, daß das russische Konsulat den Tätern, die russische Untertanen sind, Zuflucht gewährte, hervorgerufen hat, liegt der Verdacht nahe, daß er keines natürlichen Todes gestorben ist. Anhaltspunkte dafür sind allerdings bis jetzt nicht vorhanden.

Die Gewerkschaftsbewegung in Finnland.

Die ersten finnischen Gewerkschaften entstanden in den 90er Jahren, zuerst bei den Handwerkern, dann bei den Bau- und Fabrikarbeitern. Weit entfernt einen Klassenkampf führen zu wollen, suchten diese Gewerkschaften, in welchen die Unternehmer und die Meister in der Mehrheit waren, die Arbeiter durch die Herabsetzung der Interessen- gemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzuklinken, bis die Unzufriedenheit der Arbeiter in den Jahren 1895/96 diese Zeit, wo die ersten großen Petersburger Streiks ausbrachen — mit Macht emporzuberste. Die Bauarbeiter traten in den Ausland, indem sie die Einführung des Zehnstundentages verlangten. Sie legten diese Forderung auch durch, was der Arbeiterbewegung in anderen Branchen einen mächtigen Anstoß verlieh. Immer neue Arbeiterverbände blühten empor, und Hand in Hand damit machte auch die Streikbewegung immer größere Fortschritte.

Schon im Jahre 1900 wurde in Tammerfors der Versuch gemacht, auf dem dorthin einberufenen Gewerkschaftskongress eine Zentralorganisation für das ganze Land ins Leben zu rufen. Dieser erste Versuch schlug fehl. In den nachfolgenden Jahren wurde die Tätigkeit der Gewerkschaften infolge der unter dem Diktator Vorbrück einsetzenden Verfolgungen fast vollständig lahmgelegt. Erst nach dem siegreichen Generalkrieg im November 1905 waren auch für die Gewerkschaften die Bedingungen gegeben, eine umfassende Tätigkeit zu entfalten. 1906 wurden in Finnland bereits 18 Gewerkschaften mit ca. 400 Lokalverbänden gezählt. Im fol-

genden Jahr fand in Tammerfors ein Gewerkschaftskongress statt, der von 339 Verbänden besucht war. (Ausgabe samt wurden in Finnland Anfang 1907 465 gewerkschaftliche Verbände mit 17 860 Mitgliedern gezählt.) Auf diesem Kongress wurde einstimmig beschlossen, eine zentrale Gewerkschaftsorganisation für Finnland zu gründen. Der Erfolg ließ auch nicht lange auf sich warten. Schon im folgenden Jahre wurden in Finnland 32 Gewerkschaften mit 608 Lokalverbänden, die insgesamt 24 009 Mitglieder befaßen, gezählt.

Infolge der starken industriellen Krise sank die Mitgliederzahl der Zentralorganisation im Jahre 1909 auf 19 928. Dessenungeachtet waren die Einnahmen und Ausgaben der Zentralverbände im schnellen Steigen begriffen. Es beliefen sich (in finn. Mark):

	Einnahmen	Ausgaben	Raffensbestand
	Mk.	Mk.	Mk.
1907	144 704	101 882	66 609
1908	367 194	292 748	247 558
1909	405 158	306 289	271 739

Das rapide Steigen der Ausgaben erklärt sich vorzugsweise durch die intensive Streikbewegung. Für Streiks und überhaupt für den direkten Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten verausgabten die Gewerkschaften: 1907, 30 768 Mk., 1908 127 683 Mk., 1909 171 998 Mk. In die letztere Summe sind auch die, durch freiwillige Sammlungen unter den Arbeitern aufgebracht, Unterstützungsgelder für den schwedischen Generalkrieg mit inbegriffen, die sich auf 63 538 Mk. beliefen.

Auf dem Gewerkschaftskongress 1909 wurden die Mitgliedsbeiträge erhöht. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde die Frage der schriftlichen und mündlichen Agitation der Verbände erwogen. Seit dieser Zeit ist auf diesem Gebiete sehr viel geleistet worden. Außer der von der Zentralorganisation herausgegebenen Monatschrift „Die finnische Gewerkschaftsorganisation“ (1—4000 Ex.) erscheinen die Fachorgane der Bauarbeiter, Buchdrucker, Eisenbahner u. a., die insgesamt in ca. 20 000 Exemplaren herausgegeben werden. Die auf dem letzten Gewerkschaftskongress als wünschenswert anerkannte Gründung von Arbeitslokalen ist seitdem verwirklicht worden. Die finnischen Gewerkschaften entwickeln gegenwärtig auf diesem Gebiete eine rege Tätigkeit.

Gegenwärtig sind in der finnischen Zentralorganisation fast sämtliche gewerkschaftlichen Verbände Finnlands zusammengeschlossen. Es gehören ihr nur folgende Verbände nicht an: der Diensthöfenverband, der Eisenbahnerverband, der Malerverband, der Bäckerverband.

Zum Schluß sei auf die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Partei in Finnland hingewiesen. Auf dem Gewerkschaftskongress 1909 wurde eine Resolution angenommen, in welcher der finnischen sozialdemokratischen Partei als der einzigen Vertreterin der Interessen der Arbeiterklasse die vollste Anerkennung ausgesprochen wurde. Zu gleicher Zeit wurde ausgesprochen, daß die Gewerkschaften „in Anbetracht dessen, daß die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung gleichartig sein müsse, und daß man nur auf Grund der Überzeugung Sozialdemokrat und Mitglied der sozialdemokratischen Organisation werde“. — Ihre Mitglieder nicht zwingen dürfen, in die sozialdemokratische Partei einzutreten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 13. Februar.

Maßregelungen hat die Firma J. S. Struve (Inhaber Gastelli) am Sonnabend vorgenommen, indem sie ihre dort zum großen Teil schon lange Zeit in Beschäftigung stehenden Kutscher und Arbeiter kurzerhand entließ, weil sie Lohnforderungen gestellt hatten. Über den Betrieb ist deshalb vom Transportarbeiterverband die Sperre verhängt worden. Kein Arbeiter, der etwas auf sich hält, darf bei der Firma anfangen, bevor die Differenzen erledigt sind.

Welche Rechte hat die Frau? Erstens, wie Justizrat Dr. Korn im „Lärmer“ darlegt, das Recht, der dem Manne zustehenden Entscheidung in allen Angelegenheiten des gemeinlichlichen ehelichen Lebens, z. B. über Wohnung, Dienstpension, Gesellschaften, Reisen, zu widerzuhandeln, wenn er kein Recht mitbringt. Z. B. er verweigert eine aus Gesundheitsrücksichten notwendige Reise, er bietet der Frau eine nicht ausreichende und nicht standesgemäße Wohnung an. In solchen Fällen darf die Hausfrau von ihrem eigenen Rechte Gebrauch machen, und der Mann muß für die Kosten aufkommen. Sie kann des ferneren ihre Korrespondenz, ihre Besuche selbst bestimmen, ihre Lektüre, ihre geistige Fortbildung selbst wählen, ohne daß dem Mann eine Aufsicht oder ein Verbot zusteht. Er ist z. B. nicht befugt, Briefe der Frau heimlich zu öffnen, Bücher wegzunehmen, Ausgänge zu hindern. Den Haushalt zu leiten ist das Recht und die Pflicht der Ehefrau. Sie braucht sich z. B. nicht gefallen zu lassen, daß der Mann ihr die Haushaltung entzieht und einer andern weiblichen Person, sei es auch eine Verwandte, überträgt. Sie hat die Wirtschaftsstärke zu führen. Andererseits darf sie sich nicht weigern, die Haushaltungspflichten zu erledigen, also für Essen und Trinken, Ordnung und Reinlichkeit im Hause zu sorgen. Grobe Pflichtverletzungen können genügenden Grund zur Scheidung bieten. Zur Beschaffung der notwendigen Haushaltungskosten und zur Beilegung des standesgemäßen Aufwandes an Garderobe, Wäsche, Heizung, Feuerung, Beleuchtung, Nahrung und Getränk usw. ist in erster Linie der Ehemann selbst verpflichtet. Aber kommt er seinen Pflichten nicht rechtzeitig oder nicht genügend nach, so steht der Frau die Schlüsselgewalt zu, das heißt, sie darf alles Nötige für den Haushalt bestellen; und der Mann muß bezahlen. Nur wenn sie ihre Gewalt durch verschwendliche Wirtschaft mißbraucht, kann ihr die Schlüsselgewalt vom Manne entzogen werden. Was die Frau in der Hauswirtschaft oder im Geschäft des Mannes erwirbt, z. B. an Wirtschaftsgeld eripart, durch eigene Tätigkeit an fremden Hilfskräften ihm eripart, gehört dem Mann. Eripertes Wirtschaftsgeld kann dieser also für sich beanspruchen. Die eigene Mitarbeit der Frau im Geschäft und in der Wirtschaft des Mannes wird ihr nicht vergütet, auch wenn sie für den Ertrag sehr wesentlich ist, z. B. bei Gastwirten, Friseurinnen, Konditorinnen. Eine Pflicht, selbst mitzuarbeiten, hat die Frau nur, soweit es nach den Verhältnissen, in denen die Ehegatten leben, üblich ist, also in der Regel nicht in den höheren Ständen. Wenn die Hausfrau, um ihr Einkommen zu vermehren, selbst einen Erwerb anfängt, so kann der Mann es nicht hindern. Sie, kann ein Gewerbe oder Handelsgeschäft beginnen oder auch in fremde Dienste treten. Nur in letzterem Falle kann der Mann, wenn seine ehelichen Interessen durch die Dienste der Frau für andere leiden

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 11. Februar 1911.

125. Sitzung, Vormittag 11 Uhr

Im Bundesratssaal: Dr. Delbrück, Präs.

Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die Interpellation der Konservativen:

„Welche Maßnahmen gedenken die verbündeten Regierungen zu ergreifen, um einer Überfremdung des deutschen Geldmarktes mit fremden Wertpapieren und einem übermäßigen Abfluß deutschen Kapitals nach dem Auslande vorzubeugen?“

Nachdem auf die Frage des Präsidenten Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt hat, er wolle die Interpellation heute beantworten, erhält zur Begründung der Interpellation das Wort

Graf von Kanitz (K.): Untere Interpellation ist veranlaßt durch die Besorgnis, daß der deutsche Geldmarkt durch die Emission fremder Wertpapiere zu stark belastet wird. Die Statistik gibt zu geringe Zahlen, weil viel nach deutschen Kapitalisten ausländische Papiere im Auslande gekauft und dort begeben werden, um dem Stempel zu entgehen, und weil ausländische Papiere vielfach zu geringem Aufschlag aufgelegt werden, bevor ihre Zulassung beantragt und genehmigt ist; trotzdem zeigt die Statistik, daß 1908 für 740 Millionen, 1909 für 974 Millionen Mark ausländische Papiere in Deutschland zugelassen waren. Es zeigt sich in den letzten Jahren eine rapide, geradezu furchtbare Steigerung des Umlages in ausländischen Werten, und ein solcher Abfluß deutschen Kapitals nach dem Auslande muß eine Steigerung, des Zinsfußes im Inlande hervorrufen, und ferner muß dadurch ein Druck auf die Kurse unserer Reichs- und Staatsanleihen bewirkt werden. Bei den bedeutendsten amerikanischen Papieren sind hohe Provisionen zu verdienen und deshalb werden sie von den Großbanken bevorzugt ohne Rücksicht auf das deutsche Wirtschaftsleben. Unsere Anfrage birgt keine Spitze gegen Nordamerika, aber wir haben auch keine Veranlassung, Nordamerika zu bevorzugen und auf eine genaue Prüfung der nordamerikanischen Eisenbahnpapiere zu verzichten. Wir müssen unseren Markt vor minderwertigen, ausländischen Papieren schützen. Dazu würde geeignet sein eine Zentralstelle, die kompetent wäre für die Zulassung ausländischer Werte für die deutschen Börsen. — Folgende Grundzüge müssen festgehalten werden: ausländische Emissionen dürfen nur zugelassen werden nach vollständiger Deckung des inländischen Kapitalbedarfs; sie müssen sich ferner in den Dienst der nationalen Arbeit stellen und bei der Auswahl muß sorgfältig vorgegangen werden; so dürfen keine Papiere zugelassen werden, die an der Börse ihres Heimatlandes nicht zugelassen sind. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Zulassung ausländischer Papiere liegt in der Hand der Zulassungsstellen der Börsen, die unter der Aufsicht der Landesregierungen stehen. Nach § 86 des Börsengesetzes sind solche ausländischen Papiere nicht zuzulassen, die eine Überverteilung des Publikums befürchten lassen oder öffentlichen Interessen zuwiderlaufen. — Die Entwicklung unserer Industrie drängt zur Anlegung deutschen Geldes im Auslande; freilich kann das dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen, wenn der Kapitalbedarf im Inlande sehr groß ist, und es ist richtig, unter solchen Umständen der Anlage deutschen Geldes im Auslande gewisse Schranken aufzuerlegen. (Sehr richtig! rechts.) Natürlich wird man dann zunächst die Papiere ausschließen, die weder für unsere Industrie Aufträge herbeischaffen, noch irgendwelche politische Bedeutung für uns für den Fall der Kriegsbereitschaft haben. (Sehr richtig! rechts.) Wir stehen, wenn nicht alle Reichen trügen, am Beginn einer aufsteigenden Periode, in welcher der ausländische Markt

einen großen Kapitalbedarf haben wird, und deshalb empfiehlt es sich, bei der Anlage deutschen Geldes im Auslande sich eine gewisse Reserve aufzuerlegen. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierung ist sich der Verantwortung bewußt, die ihr daraus bei der Überwachung und Durchführung des Börsengesetzes erwächst und sie ist entschlossen, von den ihr erteilten Befugnissen Gebrauch zu machen, wenn die allgemeine Lage es erfordert. Jedes Reglementieren bringt aber auch Nachteile mit sich und deshalb hofft der Reichskanzler, daß die Bankkreise sich dessen bewußt sein werden, daß sie nicht nur ihr eigenes Geschäftsinteresse im Auge haben müssen, sondern auch allgemeine vaterländische und wirtschaftliche Gesichtspunkte. (Bravo!)

Auf Antrag des Abg. Dove (V.) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Speck (Z.): Börsenspekulation sind wir nicht, aber wir halten die Börse für ein leistungsfähiges Objekt der Besteuerung und die Auswüchse der Börse bekämpfen wir, wo immer sie sich zeigen, und zu diesen Auswüchsen zählen wir die Art und Weise, wie jetzt ausländische Papiere auf den deutschen Markt gebracht werden. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Daß keine weitere Diskontierung eintreten konnte, ist auch eine Folge der Überfremdung unseres Geldmarktes mit auswärtigen Papieren; und die darunter zu leiden haben, mögen sich bei der Deutschen Bank usw. beklagen. Es ist notwendig, daß die gutmütigen Deutschen Geld für die amerikanische Industrie hergeben. Amerika dankt es uns sehr. Eben erst bezieht es wieder einen Schlag gegen die Fremde, d. h. in erster Linie die deutsche Schiffahrt vor. — Wir können gewiß nicht die rapide Entwicklung des amerikanischen Wirtschaftslebens hindern, wir haben aber keine Veranlassung, diese Entwicklung künstlich mit deutschem Gelde zu fördern. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Alle Sparmaßnahmen im Reichsfinanzwesen, alle Bestrebungen, den heimischen Geldmarkt zu schonen werden durch die Emissionen über den Haufen geworfen, die Hunderte von Millionen für amerikanische Papiere aus dem Lande ziehen. Wir scheitern es unzweifelhaft, daß schon auf Grund der heutigen gesetzlichen Bestimmungen Zulassungsstelle und Aufsichtsbehörde die Zulassung der amerikanischen Papiere hätten hindern können, ja, sie auch jetzt nach der Zulassung von der Preisnotierung ausschließen könnten. Aber Börse, Bank und Handelskammer hängen gar zu eng zusammen. Die Privatbankiers werden eingeschüchtern. Ein Bankier wurde mit dem Boykott bedroht, weil er verdächtigt war, mit den Interpellanten in Verbindung zu stehen. (Hört, hört! rechts.) Eine Krähle hackt der anderen kein Auge aus. — Hoffentlich läßt sich Abhilfe auch ohne Änderung des Börsengesetzes erzielen; sonst muß das Börsengesetz geändert werden. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Dr. Frank-Mannheim (Z.): Die Interpellation spricht nur von auswärtigen Papieren; es scheint aber auch eine gewisse Furcht vor einheimischen Papieren mitzusprechen, nämlich von

Wahzettel.

(Sehr gut! b. d. Soz.) Augenscheinlich spekuliert die Interpellation — eine Notiz der Deutschen Tageszeitung hat es verraten — auf die, die nicht alle werden; dem Publikum, soweit es leichtgläubig genug ist, soll eingeredet werden, daß die Konservativen mächtig genug seien, durch Interpellationen den Geldmarkt zu beeinflussen. Man scheint es wieder einmal darauf auszugehen, einen Unterschied zwischen dem guten nationalen und dem bösen internationalen Kapital zu konstruieren. Vergebliches Unterfangen! Ich will gar nicht erst untersuchen, wieviel auswärtige Papiere sich in den

Geldschränken der internationalen Agrarier

befinden. Bei Steuerbefreiungsprozessen sind da sehr nette Dinge zutage getreten. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Das Kapital, ob im Handel, in der Industrie, in der Landwirtschaft angelegt, ist seiner Natur nach vaterlandlos, das Wort übrigens ganz neutral, ohne ge-

häßliche Nebenbedeutung gebraucht — es strömt dahin, wo es sich am vorteilhaftesten betätigen kann. Ich erinnere an die Schwellessigkeit, mit der die Agrarier auswärtige Arbeiter ins Land ziehen, haben sie sich doch sogar die naifste Bereitwilligkeit abgeben, ministerielle Zusicherung erteilen lassen, daß beim mafurischen Kanal ja keine ausländischen Arbeiter beschäftigt werden sollen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich erinnere weiter an die Syndikatspolitik, die den Erfolg hat, daß im Auslande deutsche Kohlen und deutsches Eisen billiger verkauft werden als im Inlande. (Hört, hört! b. d. Soz.) Besonders pikant ist, daß dieselben Syndikatsherren oftmals in den Vorständen der Ortsgruppen des Reichsbundes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sitzen. (Hört, hört! b. d. Soz.) — Aber die

nationalen Wirkungen der Syndikatspolitik

einmal zu interpellieren, würde ich den Konservativen sehr empfehlen. (Heiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.) So steht es keineswegs, daß ausschließlich deutsches Geld nach Amerika fließt. Auch das Umgekehrte ist der Fall. Was uns Sozialdemokraten betrifft, so betrachten wir den Exporthandel und alles, was damit zusammenhängt, als eine notwendige Phase der kapitalistischen Gesellschaft. Wir sehen auch, daß die internationalen Finanzbeziehungen immer wichtiger und bestimmender für die politischen Machtverhältnisse werden. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland betätigen das alte Sprichwort, daß der Skavaler keine zärtlichen Weidhügel hat als seine Gläubiger (Hört.) andererseits haben wir es oft genug erlebt, daß hinter unbzahlten Forderungen sich das Kriegs- und Annexionsgeheimnis erhebt. — Durch die Ausfuhr deutschen Geldes Verteilungen aus dem Auslande zu erwirken ist ebenfalls eine internationale Gewohnheit. Viel Privaten spricht man bei solcher Ausnutzung der Notlage bei Geldgeschäften von

Sachwucher.

gehört es aber im großen und international, so spricht man von

patriotischen Aktionen.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Abfluß des heimischen Geldes nach dem Auslande kann freilich nicht gehindert werden, er darf aber durch die staatliche Autorität nicht gefördert werden, und das geschieht zweifellos durch die Zulassung fremder Papiere an der Börse. (Sehr richtig!) — Graf Kanitz hat bereits von einer Revision des Börsengesetzes gesprochen. Es ist doch recht hart, daß, nachdem die Blockade in die Brüche gegangen ist, die Konservativen jetzt schon die

Verlobungsgeschenke

zurückfordern. (Gr. Hört.) Ganz zweifellos ist der Bundesrat und die preussische Regierung berechtigt, im öffentlichen Interesse einzuschreiten. Die preussische Regierung hat, weil sie gegen die Deutsche Bank nicht eingeschritten ist, der Schein auf sich geladen, daß sie dieser Bank eine Ausnahmestellung einräumt. Was weiß gar nicht mehr, wer denn die Aufsicht ausübt, die Deutsche Bank oder die Reichsbank. (Sehr richtig! rechts und bei den Soz.) Je gewaltiger die Vermögenskonzentration in solchen Institutionen ist, umso notwendiger ist die Wahrung der öffentlichen Interessen. In den Aktienbanken sind etwa 8 Milliarden, in den Berliner Großbanken etwa 4 Milliarden investiert. Bei so gewaltigen Summen kann man nicht mehr von privaten Summen sprechen. Wenn der Staat sich um das Tempo jedes Kraftwagens und Automobils kümmert, wenn er darauf achtet, daß jeder Wagen zur Nachtzeit beleuchtet ist, so hat er auch die Pflicht, bei diesen Institutionen sich um die Wahrung der öffentlichen Interessen zu kümmern. (Lebh. Sehr richtig! rechts, im Zentrum und bei den Soz.) Die Frage, wie der Staat eingreifen soll, ist freilich sehr schwer zu entscheiden. Bei der Beratung des Börsengesetzes verlangten wir Sozialdemokraten die Schaffung eines

Aufsichtsamtes für das Bankwesen.

Burg Plümeran.

Sine medlenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(65. Fortsetzung.)

„Es bleibt dabei, Johannes“, sagte sie, „sobald mein Bruder befreit ist, und Du dich wieder dem theologischen Veberehrungsamt zugehörst, bin ich es zu Frieden, Dein Weib zu werden. Forche aber jetzt nicht weiter nach dem Mammon. Wie gesagt: Einiges, einige tausend Talerchen besitze ich, aber wie viel, und wie, und wo sie angelegt sind, darüber rede ich nicht gerne, und Du wirst es dann erfahren, wenn ich Deine Frau Gemahlin bin. So viel will ich Dir sagen, daß zu meinem Unterhalte die Zinsen der Gelder mehr als ausreichend sind; — aber wie gesagt, ich rede nicht gern davon. — Abgesehen bin ich erbötig, Dir die nötigen Geldvorschuß zu leisten, die Deiner Meinung nach die Befreiung meines Bruders beanprucht, vorzuziehen, doch wollen wir dies schriftlich machen, damit ich wegen Zurückzahlung der Summe keine Verbindlichkeiten habe. Ich tue gern alles für meine Verwandten, aber Geld muß es nicht kosten, und obendrein ist meine Kasse derartig mitgenommen, daß ich noch gar nicht einsehe, wie ich der nächsten Zukunft beugegen soll. Wann gedenkst Du denn den Daniel aus der Löwengrube zu befreien, mein wackerer Habakuk? Verdient hat er es übrigens wahrlich nicht, daß ich mich so für ihn absehe und abstaufe. Aber bei mir heißt es: vergeblich, sobald Du gehest.“

Herr Sarraz erwiderte, daß er in der nächsten Nacht einen Versuch machen werde. Die Ortlichkeiten habe er bereits erkundschafft, und es müsse sehr unglücklich gehen, wenn er nicht zu morgen Mittag den Burgern zurückliefere. Es sei nötig, daß ihm zwei Reitpferde, eines für sich selber und eines für den Herrn von Plümeran, anvertraut würden, und ferner müsse er hundert Talerchen haben zur Befreiung des Gefangenenmatters.

„Das ist eine entsetzliche Summe!“ sagte die Tante. „Hundert Taler? Meister Johannes, er kann sich auch mit zwanzig begnügen. In Preußen ist's nicht wie hier. Dort ist Schmalhans der Küchenmeister der Angestellten. Hundert Taler sind jenseits der Grenze eine Summe, ja, Meister Johannes, eine sehr erkleckliche Summe.“

„Mit wenigerem ist aber nichts zu machen“, entgegnete Herr Sarraz. „Soll unter Freund nicht bis zum jüngsten Tage in Ketten und Wanden bleiben, liebe Schwester, so muß das Sämmchen schon springen. Jedwede Sache auf Erden hat ihre Tag und

ihren Preis, und wer den nicht anbringen kann, dem ruft man in allen Sprachen der Welt zu: Hand vom Saal! Hundert Taler scheinen mir in diesem Falle ein wahres Bettelgeld zu sein. Bezahlt man doch diesen Augenblick für einen privilegierten fünften Gebotsbrecher das Zehnfache.“

„Wenn es nun aber doch nicht gelänge und Daniel in der Löwengrube verharren müßte, wie dann?“ fragte das Fräulein.

„Wie dann?“ erwiderte der Meister, „nun, dann hieße es allgemein: der Herr von Plümeran, der Bruder des Fräulein Agathe sitzt da und da auf der Festung und kramt den Küchschwanz. In Preußen ist's nicht wie hier. Da trifft die Schneide des Gerichtsschwertes auch die gnädigen Herren. Wer dort auf einen Beamten, der in Diensten ist, schließt, den traktiert man nicht leicht und stamme er in gerader Linie von Nimrod ab. Soll also der Bruder frei werden, mein Fräulein, so lassen Sie nur die Fische kellen.“

Tante Agathe wand sich noch lange wie ein Ohrwurm. Endlich aber machte sie sich auf den Weg, um das Geld herbeizuholen. Als aber Herr Sarraz, der ihr leise nachgeschlichen war, sie vor ihrer wohlgefüllten Geldtruhe überraschte und nun eine genauere Einsicht in ihr Vermögen nehmen wollte, da geriet sie in heftigen Zorn und nannte ihn in einem Atem einen Mammonsdienner, einen Vaalkspaffen, einen Judas und einen Anbeter des goldenen Kalbes. Vergeblich öffnete auch er die Schreie seiner Veredsamkeit, vergeblich jammerte er ihr die Sprüche des Satir: ich wollte lieber bei Drachen und Löwen wohnen, denn bei einem bösen Weibe. Wenn die böse wird, so verstellt sie ihre Gebärde und wird so ideenreich wie ein Esel. — Das nützte ihm nichts und vermehrte nur die Strömung von Agathens Grollen. — Nicht abzuleugnen ist es, daß es zwei Mittel auf Erden gibt, die die Erfahrung als besonders geeignet zur Bekämpfung eines ingrinnigen Weibes erkannt hat. Das eine dieser Mittel nennt uns der weiße Sancho Panza, da, wo er sagt: drück Dein Korn und Dein Weib tüchtig und alles wird gut gehen. Das andere führt ein jeder ordentliche und haus-hälterische Mann stets bei sich, und wenn Comdabus deshalb, weil er es in einem versiegelten Kasten zu Hause ließ, von einem großen König gepriesen wurde, so kam dies vielleicht, weil Seine Majestät, wie es ja öfter bei gekrönten Häuptern der Fall sein soll, selber kein guter Haushalter waren.

Herr Sarraz beruhigte endlich das Fräulein, mit welchem Mittel, mag dahingestellt bleiben.

„Nun, Gott stärke Dich bei Deinem einbrecherischen Vorhaben, Du wackerer Streiter“, sagte die Tante, als Herr Sarraz sich schließlich zum Fortgange anschickte, und komme recht bald mir wieder. Wie gesagt: ich werde Dein Weib, und sollte sich auch darob der ganze Klosterkonvent auf die Köpfe stellen. Ich weiß, was ich an Dir gewinne. Ein guter Mann ist in dieser eisernen Zeiten Gold wert. Was nützen mir Laffen, und hätten sie selber noch mehr Ahnen, als Adam und Eva? Wwegen will ich dich schon, mein Verlobtündchen. Wie wacker Du jetzt aussehst! — Vorsteher eines Rettungshauses denkst Du also zu werden? Zebedäus, in Deiner einfältigen Tüchtigkeit liegt ein Etwas, das mich immer an die Zeiten der heiligen Patriarchen erinnert.“

„Wer weiß“, erwiderte Herr Sarraz, „welcher Weg zu mir noch führt. Vielleicht werde ich auch noch protestantischer Heiliger. Es soll in Berlin die Absicht vorliegen, einige fromme Gottesknechte zu kanonisieren: Sankt Hengstenberg, Sankt Krummacker, Sankt Stahl, Sankt Klinkof, Sankt Mumpfen und Sankt Bichel, wäre das nicht für den Anfang schon eine recht hübsche Reihe? Ich aber, Sankt Sarraz, sehe mich schon in Stein ausgemeißelt über dem Hauptportale des Berliner Doms und den Eingängen der Kasernen des herrlichen Kriegsheeres stehen, und beim Teufel! ich sehe ganz und gar nicht ein, warum meine Fürbitte nicht meiner protestantischen Klienten ebensoviel nützen sollte als die Fürbitte eines heiligen Gallus, eines Valasus und einer heiligen Perpetua den Katholiken. — Auf Wiedersehen, mein Agathein! Laß Dir nicht die Zeit lang werden.“

Schon in der folgenden Nacht machte sich Herr Sarraz an das Befreiungswerk. Dieses war nicht übermäßig schwierig, denn das Gefängnis des Herrn von Plümeran befand sich in einem Turm der Stadtmauer, und das Fenster ließ direkt aufs freie Feld. Bald waren die eisernen Fensterstäbe durchseilt und eben hatte sich der Gefangene an seinem gerichnitenem Bettruche ins Freie gelassen, als der Onkel, welcher in einem Gemache nebenan eingeschperrt war, den Kopf zum Fenster hinausstreckte, und als er nun sah, was ihm zur Seite vorging, da forderte auch er, daß man ihn zur Freiheit verheße. Meine Herren, rief er, mein wahrhaftig, meine Herren, Sie werden doch einen Landsmann nicht in der Tiefe sitzen lassen wollen? Helfen Sie mir auch aus diesem infamen Käfig heraus. Ich mag kein preussisches Brot mehr essen. Obendrein soll nächste Woche bei Schwemmenow nach einem Schatz gegraben werden, und da ist's unumgänglich notwendig, daß ich zu Hause bin. Eine schändliche Lebensart hier, meine Herren. Habe ich recht, oder habe ich unrecht! (Fortsetzung folgt.)

Das wäre wenigstens der Anfang einer Organisation zu einer wirksamen Beaufsichtigung dieser großen Institute. Wir glauben freilich nicht, daß die Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung und daß etwa der jetzige Reichskanzler eine besondere Befähigung zur Beaufsichtigung der Banken hat; vielmehr sind wir überzeugt, daß der Reichskanzler von den Banken sehr oft über das Ohr gehandelt wird. (Zustimmung.) Aber trotzdem meinen wir, daß die Allgemeinheit ein Recht auf die Überwachung der Banken hat, und wenn der gegenwärtige Reichskanzler nicht dazu imstande ist, nun er braucht ja nicht ewig auf seinem Platze zu bleiben (lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Dove (Vp.): Die internationale Entwicklung von Handel und Verkehr bedingt auch den internationalen Weltmarkt. Mit welcher Freude begrüßte man nicht allgemein, daß Deutschland sich an der herzunehmenden türkischen Anleihe beteiligen konnte. Das System, das sich auf unserem Kapitalmarkt bewährt hat, um das Publikum zu schützen, hat sich aus den Vorkriegsorganen selbst entwickelt, so daß Versäumnisse der Vorzeit gegenüber nicht mehr, § 1 des Vorkriegsgesetzes gibt ihr sogar die Möglichkeit, unter Umständen die Börse ganz zu beseitigen. (Hf.); jedenfalls ist die Befugnis, einzuschreiten, genügend vorhanden, wenn das öffentliche Interesse es erfordert. (Zustimmung b. d. Volkspartei.)

Freiherr von Gamp (Rp.): Es ist sehr zu bedauern, daß am Sonnabend das Haus stets so leer ist. Vielleicht wäre es gut, am Schluß eine namentliche Abstimmung über die Tagesordnung am Montag herbeizuführen (Hf.), wir würden dadurch dem Reichstag eine schöne Summe ersparen und die Herren künftig vielleicht auch am Sonnabend hier ehen.

Vizepräsident Schulz: Eine namentliche Abstimmung kann ich nur ankündigen, wenn ein Antrag auf namentliche Abstimmung vorliegt.

Freiherr v. Gamp (fortfahrend): Für diese Belehrung bin ich sehr dankbar, doch bedurfte ich ihrer nicht. (Weiterkeit.) Als ich die Sache anregte, wurde mir entgegengehalten, daß vielleicht garnicht 50 Abgeordnete da sind, die zur Unterstützung eines solchen Antrages notwendig sind. (Große Heiterkeit.) In der Sache, die zur Diskussion steht, schreie ich mich vollständig den Ausführungen des Grafen Kanig an. Die Großbanken haben die Situation, in welcher Reich und Staat ein besonderes Anleihenbedürfnis nicht hatten, in verwerflicher Weise benutzt, um ausländische Werte hereinzubringen, und die Zulassungsstelle hat nicht immer sorgsam genug geprüft, ob ein Papier nicht zurückzuweisen ist.

Stresemann (Vp.): Die einzige praktische Anregung der Debatte ist die Schaffung einer Zentralzulassungsstelle, doch ist es fraglich, ob es möglich ist, da die einzelnen Regierungen das Aufsichtrecht über die einzelnen Zulassungsstellen haben. Sie können sogar von diesen ausgesprochenen Zulassungen wieder rückgängig machen. Der Staatssekretär hat ja auch gesagt, daß sie hiervon Gebrauch machen wollten, bei den amerikanischen Eisenpapieren ist der preußische Handelsminister auch eingeschritten. Aber man unterschätze doch nicht die Bedeutung des Weltmarktes und die Bedeutung der auswärtigen Vertretung des deutschen Kapitals für die politische Machtstellung Deutschlands. Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen genügen durchaus, um den deutschen Geldmarkt zu schützen. (Beifall links.)

Kaas (Vp.): Ich will den gemüthlichen Ton unseres politischen Führers nicht stören. Ganz entbehren kann man die auswärtige Vertretung des deutschen Kapitals wohl nicht, aber gegen die Überschwemmung und Bedrohung des heimischen Geldmarktes mit faulen ausländischen Werten muß energischer vorgegangen werden. (Bravo! rechts.)

Dr. Jahn (R.): Mit dem Ergebnis der Interpellation können wir zufrieden sein, alle Redner haben gewünscht, daß das deutsche Publikum mit Papieren verschont wird, deren Kurse im Auslande gemacht werden. Freilich hat der Staatssekretär an positiven Maßnahmen recht wenig versprochen, er will an die Banken appellieren, damit sie bedenken, daß sie im Dienst der Gesamtheit stehen. Aber

Bankdirektoren sind keine Idealisten.
(Weiterkeit.) und sollen es auch nicht sein, und deshalb ist eine allgemeine öffentliche Überwachungsstelle notwendig, um bei der Anlage deutschen Kapitals im Auslande das nationale Interesse wahrzunehmen. (Sehr richtig! rechts.) Bisherigkeit muß das aus der Zeit des rothleinen Wockes (Heiterkeit) stammende Vorkriegsgesetz bald wieder revidiert werden. (Bravo! rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. (Marineetat.)
Schluß 6 Uhr.

Aus den parlamentarischen Kommissionen.

Reichsversicherungsordnung.

Am Freitag wandte sich die Beratung der Kommission der Festsetzung des Verfahrens in Unfallsachen zu.

Im § 156a wird angeordnet, daß der Verletzte eine Erhöhung der Rente bei Eintritt einer vermehrten Erwerbsunfähigkeit bei dem Versicherungsamt beantragen muß. § 156b bestimmt, daß, wenn die Berufsgenossenschaft die Rente nicht unverzüglich festsetzen kann, sie vorläufig festsetzt werden muß.

Gegen den Bescheid kann vom Verletzten Einspruch erhoben werden. Unser Genosse beantragte, daß dann der Verletzte vor dem Versicherungsamt vernommen werden muß. Es sollte damit beabsichtigt werden, daß der Verletzte nicht von der Berufsgenossenschaft zur Vernehmung geladen wird, weil doch anzunehmen ist, daß das Versicherungsamt die Sache unparteiischer auffaßt. Die Kompromisspartei stimmte dem Antrag nicht zu, gestatteten auch der Berufsgenossenschaft, den Verletzten zu vernehmen, allerdings kann der Verletzte beantragen, daß er vor dem Verleserungsausschuss gehört wird.

Der § 157 der Kompromissonträge erlaubt dem Verletzten zu verlangen, daß noch ein anderer Arzt zu einem Gutachten herangezogen wird. Diesen Antrag kann aber der Versicherungsamt ablehnen, wenn es ihm für die Beurteilung der Sache bedeutungslos erscheint. Unsere Genossen beantragten, diese Einschränkung zu streichen und hinzuzufügen, daß das Gutachten eines anderen Arztes eingeholt werden muß, wenn der bisher gehörte Arzt zur Berufsgenossenschaft in einem Vertragsverhältnis steht. Die Kompromisspartei lehnt diesen Verbesserungsantrag ab. Im § 157b wird in Ergänzung zu den vorausgegangenen

Paragraphen dem Verletzten gestattet, zu verlangen, daß ein von ihm benannter Arzt gehört werden muß, wenn die Kosten für das Gutachten vom Verletzten hinterlegt werden. Der Versicherungsamt kann dies Verlangen ablehnen, wenn er glaubt, mit dieser Beweishebung werde das Verfahren verschleppt. Unsere Genossen beantragten, den Schlußsatz zu streichen, da sonst die Einholung weiterer Gutachten ganz in das Belieben des Versicherungsamtes gestellt sei. Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte angenommen. — Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt.

Aus der Reichstagskommission für das Schiffahrtsabgabengesetz.

Die Kommissionssitzung am Freitag wurde mit einer Debatte über die Stellungnahme Österreichs und Hollands zu der in Aussicht genommenen Aufhebung der Abgabefreiheit ausgesetzt. Beide Länder sind in hohem Maße an der Aufrechterhaltung der freien Rhein- und Elbschiffahrt interessiert und haben bis jetzt auf das entschiedenste erklärt, sich nicht auf eine Abänderung der sie schützenden Verträge einzulassen zu wollen. Solange die Schiffahrtsverträge bestehen, können für diese beiden Hauptströme keine Abgaben eingeführt werden. Darüber sind sich Kommission und Regierung einig. Der Artikel 6 der Vorlage spricht das auch aus. — Die „vertraulichen“ Erklärungen, die der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Kiderlen-Wächter, am Freitag abgab, haben diese Schwierigkeit in keiner Weise gelöst. Sie waren so inhaltlos wie möglich und brachten nichts, was nicht schon selber der Öffentlichkeit bekannt war.

Von unseren Genossen Frank, Stolle und David wurde auf die Erklärungen des österreichischen Handelsministers Weiskircher hingewiesen, der u. a. auch mitgeteilt hat, daß eine Beipredung der Schiffahrtsabgabentrage zwischen dem Grafen Lehrenthal und dem Reichskanzler gelegentlich der Anwesenheit des ersteren in Berlin stattgefunden habe. Unsere Genossen vertraten nachdrücklich den Standpunkt, daß die ganze Weiterbehandlung zwecklos sei, solange sich Österreich und Holland ablehnend verhalten. Die Abgg. Am Zehn Hof (Z) und Gerkenberger (Zentr.) und auch der Abg. Kretz (R.) plädierten dagegen für möglichst rasche Fertigstellung des Gesetzes. Auch der nationalliberale Abg. Hausmann-Pannover und der Volksparteiler Hausmann-Württemberg forderten: erst das fertige Gesetz, dann Verhandlung mit Österreich und Holland. — Gegen dieses Verhalten wandten sich außer den sozialdemokratischen Rednern die Abg. Junk (R.) und Dove (Volkspartei). — Die Kommission wird ihre Arbeit trotz der durchaus negativen Auskünfte des Vertreters des Auswärtigen Amtes fortsetzen.

Am Mittwoch und Donnerstag nächster Woche will die Kommission die Rheinhäfen Frankfurt a. M., Mannheim, Mainz, Köln und Duisburg besuchen, um sich an Ort und Stelle über die in Frage kommenden Verhältnisse zu informieren.

Die nächste Sitzung wird am 14. Februar stattfinden.

Der Selbstmord und Meineid des Gendarmen Bartschick.

(Ein Seitenstück zu dem Fall Münster.)

Der Fall Münster hat aller Welt gezeigt, daß ein Angeklagter verloren ist, wenn ein Uniformierter als Belastungsgewalt auftritt. Im Anschluß daran soll hier ein Fall geschildert werden, der sich ebenfalls im rheinisch-westfälischen Industriegebiete ereignete.

Im Jahre 1901 wurde in Eving bei Dortmund das Winterfest des Arbeiter-Gesangvereins gefeiert, das blutig enden sollte. Zwischen zwei Feilteilnehmern entstand ein Wortwechsel, der den Gendarmen Bartschick zum Eingreifen veranlaßte. Bartschick zog blank und hieb den Saal leer; Frauen schühten durch ein Fenster; ein Schwerverletzter lag wochenlang mit einer klaffenden Wunde am Kopfe darnieder.

Dieser Vorgang wurde in der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ scharf kritisiert. Darauf wurde nicht etwa gegen Bartschick, sondern gegen den Verantwortlichen, Genossen Bredendek, Anklage erhoben, weil er Bartschick beleidigt haben sollte. Vor Gericht leugnete der Gendarm unter Eid, blankgezogen zu haben. Obgleich ein Duzend Zeugen bekundete, Bartschick habe doch geschlagen, wurde Bredendek zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Einer von Bredendek's Zeugen wurde sogar wegen Meineidsverdachts in Untersuchungshaft genommen; das Verfahren wurde aber eingestellt. — Unter einem Aufgebote von mehr als 30 Zeugen richtete Genosse Bredendek vom Gefängnis aus an das Kriegsgericht in Münster gegen Bartschick Strafanzeige wegen Meineids. Das Verfahren wurde eröffnet; die Hauptverhandlung fand im Saale des Rathortes statt. Trotz der Zeugnisse leugnete Bartschick weiter. Auch der Vertreter der Anklage war von seiner Schuld überzeugt und beantragte ein Jahr Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heere. Trotzdem kam das Gericht zu einer Freisprechung. Obgleich alle Zeugen bekundete hatten, Bartschick habe den Saal leer gehauen, gingen die Aussagen darüber auseinander, ob Bartschick damals — einen blauen oder grauen Mantel getragen habe. Eine Nebenklage wurde zur Hauptklage, und Bartschick ging frei aus.

Trotzdem ereilte ihn schließlich sein Geschick. Ein anderer Gendarm war Augenzeuge seiner Heldentaten gewesen, wußte also auch, daß Bartschick einen Meineid geschworen hatte und ins Zuchthaus gehörte. Die langjährigen Freunde wurden Gegner; er erkrankte gegen Bartschick, der inzwischen nach Balkum bei Hamm verlegt worden war, erneute Strafanzeige wegen Meineids. — Kurz darauf wurde Bartschick in der Balkumer Heide mit einem Schuß in der Brust tot aufgefunden, und amtlich wurde festgestellt, daß Bartschick Selbstmord begangen hatte. Die höhere Erwartung der verdienten Zuchthausstrafe hatte ihm die Waffe in die Hand gedrückt.

Die Anklage gegen Bredendek vertrat damals ein Staatsanwalt Porzell. Porzell übernahm nachher freiwillig die Verteidigung des Gendarmen Bartschick. Porzell kam dann nach Berlin. Ein Porzell fungierte auch in einem der letzten Kramallprozesse als öffentlicher Ankläger. Erster Staatsanwalt in Dortmund war damals ein Herr Haarman, derselbe Herr Abgeordnete Haarman, der sich jüngst aus Standesolidarität im preussischen Dreiklassenhaufe gegen unsere Genossen Liebschnecht so lebhaft seines ehemaligen Offener Kollegen Peterjen (bekannt aus dem Offener Meineidsprozeß) annahm.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik der Steinseher in Kassel ist mit vollem Erfolge für die Arbeiter beendet worden. Der Unternehmer Krause war gezwungen, den Lohnabzug von 10 Pfg. für

die Stunde rückgängig zu machen. Wegen der höchst ungünstigen Jahreszeit ist der Erfolg um so höher anzuschlagen.

Der Streik in den Papierfabriken Blankenburg-Rosenthal ist beendet. Verhandlungen des Gauleiters und zweiten Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes ergaben die Einstellung sämtlicher entlassenen Arbeiter und Anerkennung des Koalitionsrechts durch die Firma.

Maßregelung eines Kellners im Reichstagsrestaurant. Die Hotel-Betriebs-Aktion-Gesellschaft hat die Bewirtschaffung des Reichstagsrestaurants übernommen. Sie beschäftigt eine größere Anzahl von Kellnern, die aus der Kasse des Reichstags besoldet werden. Der Lohn der Kellner ist wöchentlich zu zahlen. Am letzten Dienstag fragte nun der Abgeordnete Heckscher, der Vorstandsmittglied ist und als solches die Restaurantkontrolle mit zu versehen hat, einen tüchtigen älteren Kellner, Vater von 2 Kindern, ob er seinen Lohn schon erhalten habe. Die Antwort lautete: „Nein“. Der Lohn von der vorigen Woche war am Dienstag noch nicht ausgezahlt worden. Heckscher wandte sich daraufhin an den Geschäftsführer und erbatte ihn um pünktlichere Lohnzahlung. Der Geschäftsführer nahm eine Umfrage vor, wer die verspätete Lohnzahlung mitgeteilt habe. Der Kellner meldete sich und wurde sofort entlassen. Auf Intervention des Abg. Heckscher wurde die Maßregelung zurückgenommen. Der Geschäftsführer versprach auch, den Mann auf indirektem Wege hinauszubringen. Dann aber griff der Direktor Elkan von der Betriebsgesellschaft ein und erzwang die Maßregelung, weil ein disziplinwidriges Verhalten nicht gebuldet werden könne. Ein Einspruch des Abg. Heckscher war vergeblich. Der Reichstagspräsident will jetzt eine Vermittlung versuchen. Der gemäßigtere Kellner ist der älteste im Reichstagsrestaurant und gehört dem Genfer Verband an.

Tarifvertrag und Hausfriedensbruch. Eine namentlich für im Hause des Unternehmers wohnhafte Arbeiter interessierte Hausfriedensbruchgeschichte beschäftigte das Schöffengericht Augsburg. Einem organisierten Brauer war von einem Brauereibesitzer das Betreten seiner Brauerei verboten worden, auch wenn es zum Zwecke des Besuchs dort beschäftigter Kollegen geschehen sollte. Der Arbeiter besuchte trotzdem in der Mittagsstunde einen Kollegen der betreffenden Brauerei, um Ergründungen über die Durchführung des kürzlich abgeschlossenen Tarifvertrages einzuziehen. Er vertief sich dabei auf folgende Tarifvertragsbestimmung: „Soweit die Arbeitnehmer in der Brauerei wohnen, sind sie berechtigt, während der Mittagspause und vom Feiertag an bis 8 Uhr abends in den vom Arbeitgeber bestimmten Räumen Besuche zu empfangen.“ Der Brauereibesitzer erstattete Anzeige wegen Hausfriedensbruchs, und der Arbeiter erhielt einen Strafbefehl über 6 Mt. Nach Antrag auf richterliche Entscheidung kam das Schöffengericht nun sogar zu einer Verurteilung zu 15 Mt. Geldstrafe, wobei sich das Gericht auf den Standpunkt stellte, die Bestimmung des Tarifvertrages könne in diesem Falle nicht platzgreifen, weil sich der besuchte Brauer nur unter Tags in der Brauerei aufhalte, nicht aber dort wohne und weil andererseits das Hausherrenrecht, mißliebige Personen fernzuhalten, durch die Bestimmung des Tarifvertrages nicht aufgehoben würde. Eine solche juristische Deduktion würde somit eine im wohlverstandenen Interesse der Arbeiter und ihrer Organisation im Tarifvertrag aufgenommene Bestimmung illusorisch machen. Im Gegensatz zum Gericht muß man doch ohne weiteres annehmen, daß sich das Besuchsrecht auch auf die nicht in der Brauerei schlafenden Arbeiter erstreckt, solange sie einen Teil ihres Lohnes in Befristigung und Naturalien erhalten und damit zweifellos auch das Recht haben, die zum Einnehmen der Speisen bestimmten Räume aufzusuchen. Was hilft es dann ferner, wenn der in der Brauerei wohnende Arbeiter zwar das Recht hat, Besuche zu empfangen, die andern aber nicht das Recht, ihn zu besuchen.

Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe. Nachdem die örtlichen Verhandlungen in den in Frage kommenden 22 Orten vollständig ergebnislos verlaufen waren, haben zwischen den Zentralvorständen wiederum Besprechungen stattgefunden und zwar in der Zeit vom 3. bis 6. Februar. Zu diesen Besprechungen war auch die von beiden Parteien eingesezte zentrale Schlichtungskommission zugezogen. In erster Linie handelte es sich wieder um die Frage des Ablauftermins der Verträge, ferner aber auch um die künftige Dauer der Arbeitszeit in den einzelnen Orten, die bemessen werden soll auf Grund des Feiertages zwischen den Verbandsvorständen vereinbarten Regulativs. Zwischen den Zentralvorständen konnte auch dieses Mal eine Einigung über diese Streitpunkte nicht erzielt werden, doch hofft man, wenigstens eine Grundlage für die Fortsetzung der örtlichen Verhandlungen gefunden zu haben. Diese sollen nun auf der ganzen Linie sofort aufgenommen werden. Am 15. Februar sollen die örtlichen Verhandlungsprotokolle bei den Vorständen eingeleistet sein. Da es unmöglich erscheint, bis zu diesem Tage — wo die alten Verträge ablaufen — eine endgültige Verständigung in allen Städten herbeizuführen, wurde zwischen den Zentralvorständen vereinbart, daß alle Verträge bis zum 1. März weiterlaufen sollen. Die Aussichten für eine Verständigung sind auch heute noch recht trübe und ungewiß; die allernächste Zeit aber wird Klarheit schaffen.

Zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe. Für die Herrenmajordomerei ist mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe, der sich kurzweg „Adav“ nennt, und dessen Hauptortstand seinen Sitz in München hat, 1907 ein Vertrag abgeschlossen, der die Arbeitsverhältnisse für diese Branche regelt. Es besteht noch kein Reichstarif, sondern die Tarife werden örtlich vereinbart und dann von den beiderseitigen Hauptvorständen übernommen, denen nur das Recht der Kündigung zusteht. Diese Tarifverträge sind sämtlich auf unbestimmte Dauer mit gegenseitiger dreimonatlicher Kündigung abgeschlossen. Die Partei, die den Vertrag kündigt, ist verpflichtet, am Tage der Kündigung dem anderen Vertragskontrahenten eine neue Tarifvorlage zu unterbreiten, die dann selbstverständlich die neu aufgestellten Forderungen enthält. Für die Reihenfolge und Benennung der einzelnen Positionen ist für das ganze Reich ein Schema, Lohnartikelmuster genannt, vereinbart, das auf alle Fälle benutzt werden muß. Infolge der am 1. Januar d. J. erfolgten Kündigungen ist der „Adav“ in folgenden 50 Orten beteiligt: Barmen, Bernburg, Blankenburg, Braunshweig, Bremen, Cassel, Chemnitz, Goblitz, Coburg, Danzig, Darmstadt, Eisenach, Elberfeld, Erfurt, Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., Fürth, Glogau, Gröblich, Greiz, Güstrow, Hamm, Hameln, Hildesheim, Hirschberg, Jena, Kiel, Königsberg, Leipzig, Ludwigshafen, Mainz, Mannheim, Metz, Münster, Neuwied, Nürnberg, Osnabrück, Pforzheim, Regensburg, Reichenbach i. W., Schwab. Gmünd, Schwerin i. M., Sonneberg, Stenbal, Stettin, Stuttgart, Wernigerode, Wiesbaden, Wilhelmshaven und Zittau i. Sachl. Insgesamt sind in diesen 50 Städten in der Herrenschneidererei zirka 15 000 Gehilfen nach Adav Tarif beschäftigt, davon bei Mitgliefern des „Adav“ zirka 9000. Von den Arbeitern sind insgesamt 60 Proz. im Zentralverband organisiert, an einigen Orten sind es aber 90 bis 100 Proz.; auch Christliche und Gewerksvereiner (H.-D.) kommen in Frage, doch ist deren Zahl nicht bekannt.

handlungen über die Neugestaltung der Lohnsätze zunächst drücklich zu führen, und zwar zunächst 14 Tage nach erfolgter Kländigung. Es soll über die Kländigung der Kländigung, Verarbeitung der einzelnen Stücke in bezug auf Hand- und Maschinenarbeit, Zahl der Taschen und Regelung sonstiger Extrarbeiten, sowie ferner die Lieferung oder Entschädigung der Hand- und Maschinenzutaten (Fournituren), Werkstättenfrage und besondere Entschädigung an die Heimarbeiter beraten werden.

Nach weiteren vier Wochen — für die diesjährigen Tarifverhandlungen am 12. Februar — beginnen die Verhandlungen über den materiellen Inhalt der Tarife: Stücklohn, Zeitlohn, Bezahlung der Extrarbeiten, Entschädigung für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit. Wenn die Parteien an Orte sich einigen, so wird der Lohnsatz neu vereinbart und von den Hauptvorständen übernommen. Einigen sich die Parteien nicht oder nicht vollständig, so werden die strittigen Punkte den Hauptvorständen zur Entscheidung überwiesen. Zu der Zusammenkunft der Hauptvorstände, die in der vorletzten Woche vor dem Ablauftermin (31. März) stattfinden muß, werden außerdem noch je 2 Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus den bestellten Orten hinzugezogen. Aus dieser Zusammenkunft nicht imstande, die Differenzen auszugleichen, dann steht es beiden Seiten frei, auf dem Wege des Streiks oder der Ausperrung ihrem Willen Geltung zu verschaffen. Für die sich aus dem bestehenden Arbeitsverhältnis ergebenden tariflichen Streitfragen — wobei es sich meistens um die Auslegung des Tarifs oder einzelner Positionen handelt — ist ab 1. Januar d. J. ein Schiedsgerichtsverfahren vereinbart worden, das Ortschiedsgerichte, Gewerkschaftsgerichte und das Schiedsgericht der Gewerkschaften vorsieht. Die beiden letzten tagen unter einem unparteilichen Vorsitzenden. Außerdem sind ab 1. Januar d. J. in allen Geschäften dieser Branche Lohnbücher eingeführt, die eine Kontrolle über den verdienten Lohn, wie über die Einhaltung tariflicher Bezahlung ermöglichen. Die Verhandlungen über paritätische Arbeitsnachweise haben sich, wenigstens vorläufig, zerschlagen.

Soziales.

Bankbeamte und Pensionsversicherungsentwurf. In Berlin nahm am Donnerstag eine stark besuchte Versammlung der Berliner Bankbeamten zu dem Entwurf über die Pensionsversicherung der Privatangestellten Stellung. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Die Verammlung erklärte einmütig, daß sie in dem Regierungsentwurf zur Staatsversicherung der Privatangestellten eine Lösung der bedeutsamen sozialpolitischen Aufgabe nicht erblicken kann. Namentlich hat die Stellung des Entwurfes zur Frage der Zulassung von Erbschaften die Bankbeamten schwer enttäuscht, und die Verammlung erhebt gegen die betreffenden Bestimmungen nachdrücklich Einspruch. Wenn dieser Entwurf Gesetz werden sollte, dann würde einer großen Zahl von Angestellten die Möglichkeit einer besseren Alters- und Invalidenversorgung, als die Staatskasse in Aussicht stellt, ohne zwingenden Grund genommen: mindestens aber erheblich verteuert.“

Der Profit in Gefahr. Der Entwurf des Heimarbeitergesetzes hat unter den Unternehmern, die aus der Ausbeutung der Heimarbeiter bisher feste Gewinne gezogen haben, keine geringe Aufregung hervorgerufen. Sie überschwemmen den Reichstag mit Eingaben, in denen die Hilfsbedürftigkeit der Heimarbeiter rundweg abgelehnt wird. Dabei schrieben sie mit Vorliebe die Handelskammern vor, in der Absicht ihr persönliches Interesse nach Möglichkeit zu verdecken. So sagt die Handelskammer von Oberfranken in ihrer Eingabe:

„Wir betonen nochmals, daß die Einrichtung von Lohnskalen in der Heimarbeit, die Aufstellung von Mindestlöhnen durch dieselben und das öffentliche Aushängen von Lohn Tabellen, die alle für die einzelnen Arbeiten gezahlten Löhne enthalten sollen, und ähnliche Maßnahmen den Fabrikanten sehr bald die Möglichkeit nehmen würden, Heimarbeiter zu beschäftigen, denn in der Lohnsetzung muß unbedingt dem Fabrikanten freie Hand gelassen sein, er muß sich nach den Konkurrenzverhältnissen, nach der Konjunktur, nach dem Weltmarktpreis richten können, er muß auch seine diesbezüglichen Entschlüsse rasch fassen können, wenn er überhaupt auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig bleiben will. Wird den Fabrikanten aber die unumgänglich nötige Bewegungsfreiheit genommen, so beschäftigen sie keine Heimarbeiter mehr und damit kommt Not und Elend in viele tausend Familien.“

Wollen die Fabrikanten etwa dann die Arbeit selbst machen? Gerade Oberfranken mit seiner hausindustriell betriebenen Schuhfabrikation, Weberei und Stickerie in der dort üblichen schlechten Löhne wegen berüchtigt.

„Säunige Nährväter“. Nach einer Mitteilung des preussischen Ministers des Innern soll die Heranziehung „säuniger Nährväter“, d. h. solcher Unterhaltungspflichtiger, die sich absichtlich nicht um Erziehung und Pflege ihrer Kinder kümmern, durch ein Gesetz geregelt werden. Ebenso wie der Gesetzentwurf über Einführung der Feuerbestattung soll auch dieser Entwurf dem Abgeordnetenhause noch in dieser Session zugehen.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine mißglückte Aktion. Im Oktober 1910 wurde der Kontorbote Freye vom Konsumverein Magdeburg vom ersten Geschäftsführer dabei überfallen, als er sich an einer verschlossenen Schublade im Kontor, in der Gegenmarken und Geld verwahrt wurden, zu schaffen machte. Nachforschungen ergaben, daß 1909 und 1910 für 200.000 Mk. Gegenmarken mehr abgeliefert worden waren, als der Verein Umsatz gehabt hatte. Die Verurteilungen jenen Freye zur Last. Am Donnerstag hatte er sich wegen fortgesetzten schweren Diebstahls vor der Strafkammer in Magdeburg zu verantworten. Freye behauptete, bei der ungenügenden Kontrolle im Konsumverein sei es anderen leicht gewesen, die Diebereien auszuführen. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Bistritz, Syndikus der Magdeburger Gelben, gedachte aus dem Prozesse eine Haupt- und Staatsaktion gegen Konsumverein und Sozialdemokratie zu machen. Er stellte die Behauptung auf, der Angeklagte sei ein Opfer seiner politischen Anschauungen, der für die Diebereien anderer büßen solle. Das Gericht ignorierte diese Versuche, die durch ein Aufgebot von 30 Zeugen unterstützt werden sollten, vollständig und verurteilte den Angeklagten zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis. Vom Staatsanwalt waren 4 Jahre beantragt worden.

Zwei Todesurteile. Das Schwurgericht in Bayreuth verurteilte den 23-jährigen Arbeiter Schumann-Kuppersdorf wegen Mordes in zwei Fällen, verurteilte Mordes, Raubes und Brandstiftung zum Tode und zehn Jahren Zuchthaus. Schumann unternahm im Juni vorigen Jahres auf die 62-jährige Materialwarenhändlerin Käste einen Raubmordversuch, ermordete am 8. Dezember die 69-jährige Materialwarenhändlerin Gedlich und die 37-jährige Tochter und steckte das von diesen bewohnte Grundstück an.

Der 23-jährige Arbeiter Lamp, der im Januar in Sofonika seinem Kollegen Pfala die Hände auf den Rücken band und ihn dann ermordete und beraubte, wurde Sonnabend vom Schwurgericht in Gleiwitz zum Tode verurteilt.

Sittensverbrechen eines Taubstummen-Direktors. Der ehemalige Leiter der Taubstummenanstalt in Heidelberg, Holler, wurde wegen Sittlichkeitsverbrechens zu neun Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt, unter Anrechnung von 8 Monaten Untersuchungshaft.

Aus Nah und Fern.

Kapitalistische Unberücksichtigung. In den nächsten Wochen soll in Breslau eine Ausstellung stattfinden, die die Schäden des Alkoholismus kennzeichnet. Vom Magistrat wurde der Turnsaal der städtischen Feuerwehr als Ausstellungsraum bewilligt. Dagegen protestierten die Breslauer Brauereibesitzer. In einem Gesuche an den Magistrat und die Stadtverordneten verlangen sie, von der behördlichen Unterstüfung der Ausstellung und besonders von der Überlassung städtischer Räume, die doch nicht zum geringen Teile aus den Steuern der durch die Ausstellung aus Geschädigten errichtet sind, ferner von der Einwirkung auf die Schulen zum Besuche der Ausstellung usw. Abstand zu nehmen.

Unruhigste Schönebrüder. Von der Schönebrüder in Rummelsburg, einem reizvollen Orte in Pommern, erhielt kürzlich ein Mitglied einen Brief, in dem es hieß:

„Laut Beschluß des Vorstandes wurde auf Veranlassung verschiedener Mitglieder beschlossen, Sie aufzufordern, sich zu erklären, welche Zwecke Sie damit verfolgen, daß Sie der Sozialdemokratie Ihr Lokal zur Verfügung gestellt haben. Es wird angenommen, Sie fördern damit die sich hier am Orte neugebildete Sozialdemokratie, wodurch Unruhe in unsere sonst so ruhige Stadt getragen wird.“

Im pommerschen Rummelsburg ist man nicht nur sehr neugierig und sehr um Ruhe als erste Bürgerpflicht besorgt, sondern man scheint dort auch einen Stolz zu bevorzugen, den man nicht anders als hinterpompisch bezeichnen kann.

Der freikonfessionelle Landtagsabgeordnete Schmidt, Nadel, erlitt in seiner Wohnung in der Wilhelmstraße eine schwere Gasvergiftung. Er wurde in bewußtlosem Zustande aufgefunden und ins Elisabethkrankenhaus gebracht, wo er bis nachmittags das Bewußtsein noch nicht wieder erlangte. Sein Zustand gilt als bedenklich. — Spätere Meldungen besagen, daß in dem Befinden des Landtagsabgeordneten Schmidt eine Besserung eingetreten sei.

Deutsche Kultur in Afrika. Das nachstehende Originaldokument hat den etwas beschwerlichen Weg von Kamerun zur Redaktion der „Zeit am Montag“ gefunden:

S. 840/10.
Bekanntmachung.
Die gegen den Bananjo-Mann
Gwonde Mulobi
durch das am 22. Dezember 1910 von Sr. Excellenz dem Gouverneur bestätigte Urteil vom 28. November 1910 wegen Diebstahls im Rückfalle erkannte
Todesstrafe
ist heute vormittag 5 1/2 Uhr durch Erhängen
Duala, 23. Dezember 1910.
Der Bezirkshauptmann.
J. A.
Domke.

Wir weisen an Stelle einer überflüssigen Kritik lediglich darauf hin, daß die in dem Schriftstück näher bezeichnete Pioniertätigkeit am 23. Dezember, also am Tage vor dem „heiligen Abend“ zur Ausführung kam — ein Umstand, der sicher geeignet war, in den empfänglichen Seelen der Schwarzen einen unauslöschlichen Eindruck zu hinterlassen. Ihre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!

Das Schicksal Graef's. Zur Tragödie des Essener Urteils schreibt der „Leipziger Volksztg.“ ein dortiger Genosse: Gestatten Sie auch mir einen kleinen Beitrag zu der furchtbaren Tragödie des Essener Urteils beizutreten. Es betrifft dies den vor 15 Jahren mitverurteilten Bergarbeiter Graef. Er arbeitete 1899 als Bergmann in den Goldminen von Morro Belho im Staate Minas Geraes in Brasilien und war damals in meiner Familie ständiger Gast. Den Vorgang in jener Versammlung schilderte er uns so, wie er jetzt im Wiederaufnahmeverfahren zutage trat, und beteuerte fets, daß er zwei Jahre unschuldig im Zuchthaus schmachten mußte, auch daß er einmal wegen Nichterfüllung des vorgeschriebenen Pensums eine körperliche Züchtigung erleiden mußte. Sein seelischer Zustand hatte furchtbar unter dieser Qual gelitten; aus diesem Grunde war er auch nach Brasilien ausgewandert, um dort Ruhe zu finden. Die harte Arbeit in einer Tiefe von 1000 Meter unter Tage war ihm aber zu schwer und er verließ Morro Belho, um sich im Staate Rio de Janeiro niederzulassen. Bei seiner Abreise übergab er mir eine Vollmacht mit der Bitte, alle an ihn gerichteten Postsendungen anzunehmen und sie ihm später nachzusenden. Bis Juiz de Fora wollte er die Bahn benutzen und von dort bis Petropolis zu Fuß wandern. Für Petropolis wurden ihm noch einige Adressen und Empfehlungen an bekannte deutsche Familien übergeben, auch verpackt er auf Ehrenwort, uns gleich nach seiner Ankunft zu benachrichtigen. Als wir nach etwa vier Wochen umlauft auf Nachricht gehofft, fragten wir dort bei den betreffenden Familien an, ob Graef angekommen sei, erhielten aber die gleichlautende verneinende Antwort. Seit dieser Zeit blieb Graef verschollen. Die angekommenen Postsendungen schickten wir an die Adressaten zurück. Die begründete Vermutung liegt nahe, daß Graef auf der Strasse zwischen Juiz de Fora und Petropolis ermordet worden ist. Im Verdacht, der Täter zu sein, hatten wir einen Deutsch-Brasilianer, der mit Graef zusammen abreiste und mit ihm bis Juiz de Fora fuhr. Er vermutete, Graef habe viel Geld bei sich, wenigstens ließ er eine derartige Äußerung fallen. Da wir aber keine weiteren Beweise erbringen konnten, mußten wir von weiteren Schritten absehen. Nach unserer Überzeugung ist Graef durch dieses Schandurteil in den Tod getrieben worden.

Eintritt einer deutschen Ausstellungshalle in Brüssel. Beim Abbruch der großen, von Professor Quelfers errichteten Halle für landwirtschaftliche Maschinen in der deutschen Abteilung der Brüsseler Weltausstellung ereignete sich Sonnabend ein schwerer Unfall. Ein schlecht gestützter Pfeiler fiel um, und hierdurch verlor der übrige Teil der Halle die Stützen. Das ganze Gebäude fiel in sich zusammen. Von dem Pfeiler wurde ein Arbeiter in

den Wänden getroffen und sofort getötet. Ein zweiter Arbeiter erlitt einen Schädelbruch und noch andere lebensgefährliche Verletzungen. Ein anderer Arbeiter kam mit Beinbrüchen davon.

Mord und Selbstmord. Der Juwelier Wacke und die Inhaberin eines Weinrestaurants Frau Klingenstein führten Freitag abend von Frankfurt a. M. nach Gronberg. Dort erschoss Wacke die Klingenstein und dann sich selbst.

Sechs Arbeiter durch einen Felsblock zermalmt. In den Schieferbrüchen von Courin bei Montroy (Dep. Morbihan) hat sich in einem 47 Meter tiefen Schacht ein Felsblock losgelöst, durch den sechs Arbeiter zermalmt wurden. Bisher sind zwei als Leichen zu Tage gefördert worden.

Die letzten Fischer auf der Eisföhle gerettet. Die letzten hundert der auf einer Eisföhle in das Meer hinausgetriebenen finnlandischen Fischer haben sich bei Jamburg an den Strand gerettet.

Die Pest in Ostasien. Aus Weking wird gemeldet: In Weking sterben täglich etwa 50 Personen. In Weking beträgt die Todesziffer 25 Personen pro Tag, denn hier ist die Seuche bisher auf einige wenige Stadtteile beschränkt. Raotingfu sowie andere Städte und Dörfer der Provinz Tschili leiden unter der Pest. Ferner wird aus Schantung berichtet, daß die Seuche in Tschifu noch immer viele Opfer fordert. Die europäischen Ärzte in Weking sind der Ansicht, daß während des Winters eine starke Ausbreitung der Pest nicht zu befürchten ist. Mit dem sich nahenden Frühling dürfte die Seuche aber einen stark epidemischen und bössartigen Charakter annehmen. Aus Chargin wird weiter gemeldet: In den letzten Tagen sind 3500 Leichen verbrannt und die noch übrigen bearbeitet worden, so daß jetzt keine Leiche mehr unter freiem Himmel liegt. 20 europäische Ärzte, 30 Krankenwärter und 1500 Polizisten bekämpfen jetzt die Seuche, wie es scheint, mit Erfolg.

Wieder ein blutiger Parteistreit in der Romagna. Schon wieder ist in dem Parteikampf zwischen Republikanern und Sozialisten in der Romagna ein Todesopfer gefallen. Eine politische Diskussion in einer Wirtschaft eines Vororts von Radenna artete am 5. d. M. in ein heftiges Handgemenge aus, bei dem der Republikaner Rabbri den Sozialisten Lombardi mit einem Messer in den Unterleib stach. Der Verwundete, ein Landarbeiter von 26 Jahren, starb nach einstündigem Todeskampfe. Der Totschläger ist flüchtig. In wenigen Monaten ist dies der vierte Fall dieser Art. Die Opfer waren jedesmal auf sozialistischer Seite, was sich wohl daraus erklärt, daß unter den organisierten Parteigenossen die Unsitte, Waffen zu tragen, fast ganz verschwunden ist. Natürlich tragen derartige Gewalttaten nicht dazu bei, die ohnehin erbitterten Gemüter in der Romagna zu beruhigen.

Riesige Steuerdefraudationen in Italien. Zu täglich neuen Überraschungen, neuen Verhaftungen und neuem Skandal gibt jetzt in Italien eine von uns schon kurz erwähnte riesige Steuerdefraudation Anlaß, an der viele Verantwortlichkeiten und auch ein ministerieller Abgeordneter beteiligt sind. Ein ungeheures, weitverzweigtes Netz von Betrügereien, Beamtenbestechungen und Fälschungen ist von der staatlichen Finanzverwaltung aufgedeckt worden. Zunächst war man im Dezember vorigen Jahres darauf aufmerksam geworden, daß in Rom die Fabrikationstage für reinen Alkohol, die 270 Lire pro Hektoliter beträgt, bedeutend weniger abwarf als in früheren Jahren. Nachforschungen ergaben, daß die römische Gesellschaft für Spiritusdestillation viel geringere Mengen an reinem Alkohol versteuerte, als sie verkaufte, und andererseits viel mehr Denaturierungsmaterial bezog, als ihrem Verkauf an denaturiertem Spiritus entsprach. Einer genauen Haus-suchung in der Fabrik gelang es dann auch, festzustellen, daß das Denaturierungsmaterial, das in Gegenwart von Steuerbeamten dem Alkohol beigefügt werden soll, beseitigt wurde. Daraufhin wurden der technische Leiter der römischen Fabrik und mehrere Finanzbeamte verhaftet. Seitdem hat jeder Tag neue Verhaftungen und neuen Skandal gebracht. Der Kammer liegt ein Antrag zur Autorisation des strafrechtlichen Vorgehens gegen den Abgeordneten Montagna vor, der als Direktor der römischen Aktiengesellschaft schwer kompromittiert ist. Auch in Neapel ist man dem gleichen Betrüge in der Gesellschaft „Süditalienische Destillationswerke“ auf die Spur gekommen und hat dort den technischen Direktor, einen Chemiker und einen Finanzkontrolleur verhaftet. Es hat den Anschein, daß die Sache aus einer Steuerhinterziehung zu einem politischen Skandal werden wird, da bekannt geworden ist, daß seit dem 4. Dezember v. J. ein Protokoll über die Unterschleife den Behörden vorlag. Offenbar sind politische Einflüsse wirksam gewesen, die das Vorgehen der Behörden bis heute verhindert haben. Durch die Steuerhinterziehung sind Geldbußen verwirkt, die ans Märchenhafte grenzen. Eine einzige Gesellschaft wird schätzungsweise 4 1/2 Millionen Lire zu bezahlen haben. Die Betrügereien wurden in sehr verschiedener Weise verwirklicht. Man schaltete zum Beispiel den Meßapparat, der die Quantität des destillierten Alkohols messen soll, über Nacht aus, destillierte weiter und ließ durch eine heimlich angebrachte Nebenröhre den Alkohol in Fässer eintreten, die in der Nacht selbst fortgeschafft wurden. Dieses System wurde in Neapel seit 1908 angewendet, was bei einer mittleren Produktion von 4 bis 5 Hektolitern pro Nacht und einer Steuerhinterziehung von 270 Lire pro Hektoliter im Laufe der Jahre ein recht anständiges finanzielles Ergebnis zeitigte. Aber nicht genug damit, brachten die Betrüger es fertig, sich auch das Rohmaterial gratis zu verschaffen. Da man nicht große Mengen Rohmaterials einführen konnte, ohne die Finanzbehörden auf das Mißverhältnis zwischen Rohmaterial und versteuertem Spiritus aufmerksam zu machen, ließ man in der Nacht aus der anliegenden Zuckerrabrik die Melasse stehlen. Ein merkwürdiger Zufall ist es, daß der Direktor der betroffenen Zuckerrabrik Mitglied des Aufsichtsrates der Destillationswerke ist. Es scheint, daß außer Rom und Neapel noch andere Städte Schauplatz der Betrügereien waren.

Ein päpstlicher Sandstauhaal hat am 6. d. Mts. vor dem römischen Stadtgericht begonnen. Beklagter ist der Graf Marchese Ferdinando Del Fierra. Privatkläger ein anderer Graf, Mac Swiney. Beide sind päpstliche Kammerer, und der Rechtsstreit dreht sich darum, ob Del Fierra der Verfasser einer Anzahl unflätiger, anonymer Briefe ist, die Mac Swiney erhalten hat. Diese Briefe warfen dem Privatkläger homöosexuelle Beziehungen zu verschiedenen Personen und auch zu einigen hohen Kirchenfürsten vor. Mit Rücksicht auf den Inhalt der beleidigenden Briefe wurde die Aus-schließung der Öffentlichkeit verfügt. Im Grunde wird es aber die Verhandlung viel weniger um den Inhalt der Briefe drehen, als vielmehr darum, ob diese Briefe von dem Beklagten geschrieben sind oder nicht.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwan. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

den Dienstvertrag mit Ermächtigung des Vormundschaftsgerichts kündigen. Dies gilt nicht nur für niedere Dienste, sondern ebenso für höhere, z. B. als Nähenkünstlerin, Zeichnerin, Musikerin. — Was die Frau durch ihre Arbeit oder ihr Erwerbsgeschäft verdient, ist ihr freies Eigentum; dem Manne gebührt weder Befehl noch Verwaltung davon.

Jahresbericht der Ortsgruppe Lübeck des deutschen Arbeiter-Abstimmungs-Bundes. Für das Jahr 1910 können wir mit der Entwicklung unserer Bewegung wenn auch nicht ganz so hoch zum Teil zufrieden sein. Unsere Erfolge verdanken wir in der Hauptsache der sogenannten Kleinarbeit. Unsere öffentliche Agitation bestand aus folgenden Veranstaltungen: Im März hatten wir im großen Saale des Gewerkschaftshauses einen Lichtbildvortrag. Das Thema lautete: „Wie der Arbeiter wohnt und wie er wohnen sollte.“ Vortragender war Schriftsteller Genosse König aus Hannover. An diesem Vortrag nahmen ca. 950 Personen teil. Dieser Vortrag dürfte in Lübeck sehr viel Anklang gefunden haben und wird manchen Parteigenossen und Gewerkschaftler freundlicher gegen unsere Bewegung gestimmt haben. Die zweite Veranstaltung war eine öffentliche Versammlung im Dezember. Genosse Huuskfeldt aus Hamburg sprach über „Die Abstimmungen im Dienste des Sozialismus.“ Der Besuch ließ sehr viel zu wünschen übrig; doch waren annähernd 60 Personen erschienen, die den Ausführungen des Referenten mit großer Aufmerksamkeit folgten. Der Erfolg war ein recht guter, da mehrere Aufnahmen zu verzeichnen waren. Auch dieser Vortrag dürfte nach der sich hieran anschließenden langen und sehr sachlich verlaufenen Diskussion, an welcher sich auch einige Guttempler beteiligten, sehr viel zur Aufklärung über die Arbeiter-Abstimmungs-Bewegung innerhalb der Arbeiterschaft beigetragen haben. Innerhalb der Arbeiterschaft selbst haben wir uns auf die verschiedenartigste Weise bemerkbar gemacht. In 10 Gewerkschaften, sowie in einer Parteiverammlung wurde auf unser Ersuchen unter Hinweisung auf die Beschlüsse zur Alkoholfrage und zum Schnapsboykott Vorträge über die Alkoholfrage gehalten. In Versammlungen wurden 24 Mitgliederversammlungen und 28 Vorstandssitzungen abgehalten. Zur Maifester und zum Gewerkschaftsfest hatten wir uns schriftlich an die Festleitungen gewandt, sie möchten bei den Veranstaltungen ihrer Seite auch den Beschlüssen zur Alkoholfrage und zum Schnapsboykott mehr Beachtung schenken und danach handeln. Leider mußten wir zu unserem Bedauern feststellen, daß unserem Wunsche nicht genügend Rechnung getragen wurde. Bedauerlich ist ferner, daß im „Volksboten“ nach 1 1/2 Jahren nach dem letzterigen Beschluß ein großes Schnapsinzerat zu finden war. Es ist sehr notwendig, mehr als bisher für die Verbreitung unserer Ideen zu agitieren und für die weitgehende Verbreitung unserer Literatur unter der Arbeiterschaft Sorge zu tragen. Möge jeder Genosse seine Tätigkeit in diesem Jahre wiederum so aufnehmen wie im Vorjahre, dann können wir am Schlusse dieses Jahres auf eine segensreiche Tätigkeit zurückblicken.

„Moderne Strömungen im Turnwesen.“ Vorlesung der Oberlehrerbehörde. In seinem zweiten Vortrage führte uns Herr Turninspektor Moeller-Altona an der Hand vieler Lichtbilder zunächst einige Statistiken über den Gesundheitszustand der Schulkinder in verschiedenen deutschen Städten vor Augen. Die schulärztlichen Untersuchungen ergaben, daß nicht einmal die Hälfte aller Untersuchten normal und vollkräftig waren. Mit ungünstigsten sieht Chemnitz da, wo nur 7 Prozent der Untersuchten völlig gesund sind. Daher ist es ohne Zweifel das Beste für das Kind, wenn es munter turnt, und sich in der frischen Luft umherbewegt. Fragte man sich früher, welchen Einfluß die Leibesübungen auf den Körper hätten, so war die Antwort, daß der Körper, elastisch, die Verdauung gefördert wird und die Muskeln gehärtet werden. Nicht nur dieses, sondern auch die Nerven werden durch das Turnen ausgebildet, denn wer Übungen machen will, muß seinen Körper in der Gewalt haben. Das aber kann er nur durch den Einfluß der Nerven. Den Nachweis hier für erbrachte der Redner durch verschiedene Lichtbilder, in denen diese beständige Kontraktion ausgeführt wurden. Alsdann führte uns der Vortragende den Athleten vor Augen, nicht um ihn zu empfehlen, sondern um den Nachweis zu erbringen, daß seine Tätigkeit durchaus schädlich für den Körper ist. Das Herz wird nach und nach gelähmt und die Elastizität des Körpers vermindert. Gingen die Turnspiele in freier Luft wirken nur vorteilhaft auf Herz und Lunge ein. Deshalb soll man im Alter von 14—19 Jahren, wo sich das Herz nahezu in seiner Größe verdoppelt, bedacht sein, dasselbe durch Bewegung in frischer Luft gesund zu erhalten. Herr Moeller führte zum Schluß des zweiten Vortrages eine ganze Reihe von Lichtbildern vor Augen, in denen er uns zahlreiche Turnspiele zeigte, die fördernd auf Herz und Lunge wirken.

Ertrinken ist am Sonnabend mittags 1 1/2 Uhr der etwa 7jährige Mittelschüler Arnold Fick, wohnhaft Kronsforder Allee. Der Knabe befand sich auf dem Heimwege von der Schule. Er ging den Weg am Elbe-Trade-Kanal bei der Hanseatischen Versicherungsanstalt entlang und ist bei der dortigen Bootsanlegestelle jedenfalls ausgerutscht und in das eiskalte Wasser gefallen. Passanten, die dem hilfesuchenden Rinde Rettung bringen konnten, waren nicht zugegen. Ein kleines Mädchen, das den Unglücksfall beobachtet hatte, holte rasch ihren in der Nähe wohnenden Vater, der den durch seinen Kniegel über Wasser gehaltenen Jungen aus dem Kanal herauszog. Leider zu spät, das Leben des Kleinen war schon erloschen.

Handelsregister. Am 10. Februar 1911 ist eingetragen: 1. die Firma Friedrich Koch in Lübeck. Inhaber: Fr. Koch Kaufmann in Lübeck; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma: Heinrich Bartels in Lübeck. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Kaufmann H. W. Chr. Bartels in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma; 3. bei der Firma S. u. H. P. Schmidt in Lübeck; Dem D. Th. C. U. Siegfried in Lübeck ist Procura erteilt.

Schwankende Gesundheit. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der vierten Januar-Woche vom 22. bis zum 28. Januar in den meisten deutschen Städten etwas gebessert, indem die Sterblichkeit zurückgegangen ist. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet starben von den Städten mit mindestens 70000 Einwohnern in Wochen 23.7. Altona 19.6. Augsburg 33.7. Barmen 11.1. Berlin 15.4. Bielefeld 14.0. Bochum 20.1. Bonn 23.1. Borken 16.1. Braunschweig 20.7. Bremen 14.1. Breslau 19.6. Charlottenburg 12.5. Chemnitz 15.6. Danzig 19.5. Darmstadt 12.5. Dortmund 16.5. Dresden 13.4. Deutsch-Wilmersdorf 11.9. Duisburg 13.4. Düsseldorf 13.1. Elberfeld 15.9. Erfurt 12.1. Eilen 18.2. Frankfurt a. M. 13.6. Freiburg i. B. 23.2. Hensburg —, Frankfurt a. O. —, Kirch —, Gera —, M. Glabbach —, Gleiwitz —, Gellentirchen 18.8. Götting 18.8. Hagen 7.0. Halle a. S. 17.9. Hainborn 16.9. Hamburg 12.7. Harburg —, Hannover 14.1. Heidelberg —, Karlsruhe 17.5. Kassel 20.4. Kiel 14.9. Köln 17.8. Königsberg i. N. 20.3. Kaiserslautern —, Königshütte 11.5. Krefeld 13.1. Koblenz —, Leipzig 16.4. Lützen 9.9. Liegnitz —, Lübeck 18.5. Ludwigshafen 10.6. Magdeburg 15.6. Mainz 16.4. Mannheim 13.2. Meß —, Mülhausen i. E. 18.3. Mülheim a. d. R. 13.1. München 19.2. Münster

23.2. Nürnberg 19.2. Oberhausen 18.2. Offenbach 11.7. Plauen i. B. 15.5. Posen 13.9. Remscheid 7.9. Rixdorf 12.1. Saarbrücken 16.3. Schöneberg 11.1. Spandau 14.7. Stettin 15.9. Straßburg i. E. 18.3. Stuttgart 18.0. Wiesbaden 13.3. Würzburg 23.4. Zabrze —, Zwickau 14.9.

Kinematographische Aufnahme der Verdingung Paul Singers. Der Direktion des Apollo-Theaters, Mühlenstraße 48, ist es gelungen, die kinematographisch aufgenommenen Verdingungsfestlichkeiten Paul Singers zu erhalten und werden dieselben am Dienstag, den 14. und folgende Tage vorgeführt. Ein zahlreicher Besuch ist wohl zu erwarten, da die Wiedergabe der großartigen Kundgebung der Berliner Arbeiterschaft vortrefflich gelungen ist.

Der Rabattparverein „Lubeca“ ersucht uns, darauf hinzuweisen, daß sämtliche Sparbücher, die noch alte Rabattparven enthalten, bis zum 1. März d. Js., gleichviel ob voll oder halb gefüllt, beim Vorstoß- und Sparverein eingelöst werden müssen.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen, Dienstag abend 8 Uhr gelangt die mit so starkem Beifall aufgenommene Schauspiel „Kokott“ „Revolutionshochzeit“ von Sophus Michaelis zur nochmaligen Aufführung. — Für Mittwoch abend 8 Uhr ist bei kleinen Preisen die Operette „Die Förster-Christi“ von Georg Jarno angelegt. — In Vorbereitung befindet sich die Lustspiel-Operette „Der König“, Burleske von de Caillavet und de Hiers, den beiden Autoren des erfolgreichen Lustspiels „Die Liebe macht“.

Travemünde. In einer außerordentlich stark besuchten Volksversammlung sprach am Sonntag nachmittags die Genossin Käthe Leu-Schwartzau im Saale des Kolosseums über „Volksbefreiung und Volksbefreiung“. Die fast zweistündigen, äußerst temperamentoollen Ausführungen der Rednerin lösten geradezu stürmischen Beifall aus. Schon in der Pause ließen sich eine Anzahl Versammlungsbesucher — darunter die ersten Frauen — in die Partei aufnehmen. In der Diskussion ging dann der Genosse Bromme auf die nächsten Reichstagswahlen ein. Er beschäftigte sich ausführlich mit der Partei des Herrn Klein, um dann den Anwesenden die Notwendigkeit der politischen Organisation vor Augen zu führen. Auch die Travemünder Arbeiter könnten dazu beitragen, daß unser alter bewährter Abgeordneter Schwarz am Tage der nächsten Reichstagswahl mit einer glänzenden Majorität wiedergewählt wird. Da sich die bürgerlichen Versammlungssteilnehmer nicht zum Wort meldeben, besprach hierauf der Genosse Dr. Schlomer die kommunalpolitischen Verhältnisse Lübecks. Der Redner betonte besonders, daß in unserer Stadtpolitik immer nur der Kurort, niemals die Gewerbe- und Arbeiterstadt Travemünde Berücksichtigung findet. Er forderte zur Erwerbung des Bürgerrechts auf, damit endlich auch die entrechteten Wähler von Travemünde bei den Ende dieses Jahres stattfindenden Bürgerchaftswahlen einen Sozialdemokraten in unser Stadtparlament entsenden. Auch die beiden Diskussionsredner erzielten den lebhaftesten Beifall der Versammelten. Nach einem kräftigen wirkungsvollen Schlusswort der Genossin Leu fand die imposante Versammlung ihr Ende. Zum Schlusse erklärten dann noch eine ansehnliche Zahl Männer und Frauen ihren Beitritt zum sozialdemokratischen Verein, so daß sich unsere Mitgliederzahl in Travemünde durch die Versammlung buchstäblich verdoppelte. Gewiß ein schöner Erfolg, der für die Reichstagswahl eine gute Vorbedeutung ist.

Gutin. Der Eisport bringt, infolge der milden Milderung, für manchen ein nasses Bad. Am Donnerstag und am Freitag brachen auf dem kleinen Gutiner See ein Techniker und ein Bahnmeisterapirant durch die dünne Eisdicke. Kritiker wurde von dem Primaner Schmidt, letzterer von dem Unternehmer Rebenstorf gerettet. Weiter, Sonntag, gegen 4 Uhr ertrank in dem kleinen Gutiner See der 17jährige Arbeiter Julius Brandis von hier. Leute waren genug da, leider aber keine Rettungsgeräte.

Hamburg. Tarifvertrag in der Hamburger Brauindustrie. Die Erneuerung des bis 31. Dezember 1910 für die vereinigten Brauereien Hamburgs geltenden Tarifvertrages ist nunmehr perfekt. Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter, welchem 3/4 des organisierten Personals angehören, nahm die letzten Angebote der vereinigten Brauereien an, nachdem schon die Verbände der Transportarbeiter, Böttcher, Wachsmisten und Heizer und auch der Bundesgesellenverein sich damit einverstanden erklärt und den Vertrag unterzeichnet hatten. Jedoch beauftragte die Versammlung die Vertreter des Verbandes noch, mehrere zumungunsten der Arbeiter bestehende Unklarheiten im Tarifvortext zu beseitigen und genaue Interpretationen herbeizuführen. Das ist denn auch in verschiedenen wichtigen Punkten in Verhandlungen mit der Lohnkommission der Brauereireinigung geschehen. Namentlich wurde auch den Stallarbeitern, die am 1. Januar 1911 eintretende Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde gefordert; ferner wurde festgelegt, daß die Sonntagsarbeit für die Pferdepflege nicht über das an Wochentagen übliche Maß ausgedehnt werden darf, daß die neu einzustellenden Fabrikarbeiter im Lohn nicht gekürzt werden dürfen und daß Maschinenisten und Heizer, die zu einer 12stündigen Arbeitszeit in Anspruch genommen werden dürfen, die in solchen Fällen vorgesehene Zulage von 3 Mk. pro Woche auch dann erhalten, wenn tags- oder auch wochenweise kürzere Zeit gearbeitet wird. Somit brachte der Tarifvertrag im allgemeinen eine Lohnerhöhung von 2 Mk. pro Woche; eine weitere Aufbesserung von 1 Mk. pro Woche erfolgt nach drei Jahren. Die Lohnsätze gelten rückwirkend vom 1. Januar 1911. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, die jetzt 9 Stunden für die inneren Betriebsarbeiter beträgt, auf 8 1/2 Stunden erfolgt am 1. Januar 1914. Ferner wurde Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes neu eingeführt, und zwar steigend nach der Dienstdauer von 1 Tag bis 1 Woche pro Jahr, die überstundentlage erhöht u. a. mehr. Bedauerlich ist nur, daß die Bezahlung der siebenten Schicht für Maschinenisten und Heizer, die fast überall in den Betrieben der Brauerei- und Mühlenarbeiterverbände für Brauereibetriebe auch in kleinen Orten enthalten ist, unter den gegebenen Umständen in Hamburg nicht durchgeführt werden konnte. Der Tarif hat 5 Jahre Gültigkeit, bis zum 31. Dezember 1915, und sind in ihn einbezogen circa 1600 Arbeiter.

Kiel. Witbe bekräftigt Duellunfall. Das Kreisgericht der Aufklärungsschiffe verurteilte heute den Marineallittanzart Dr. Strömer vom Kreuzer „Blg.“ wegen Zweikampfes mit tödlichen Waffen zu drei Monaten Gefängnis. Strömer hatte am 6. Dezember den Steuerfremder Fröhle nachts in einer Bar nach vorangegangem Streit geohrfeigt. Das Duell war unblutig verlaufen.

Güfrow. Der Güfrower Meineidsprozess. Der Offener Meineidsprozess gegen Schröder und Genossen rief durch seinen jegigen erfreulichen Ausgang die Erinnerung an andere ähnliche Fälle hervor, in denen aber eine Korrektur des seinerzeit ergangenen Fehlurteils nicht erfolgt ist. Einer der schlimmsten dieser Fälle ereignete sich vor

neun Jahren in Mecklenburg. Dort wurde Anfang März 1902 der Arbeiter Harber vom Güfrower Schwurgericht des Meineids „aus sozialdemokratischem Parteinteresse“ schuldig gesprochen und zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Sachverhalt war folgender: Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Rostock, Genosse Dr. Herzfeld, hielt im Februar 1901 im Dorfe Ramin bei Rostock eine juristische Sprechstunde ab. Der Wirt, der sein Lokal zu dieser Sprechstunde hergegeben hatte, wurde daraufhin in Strafe genommen, weil er während der Sitzung Bier ausgetastet haben sollte, was er lebhaft bestritt. Als Hauptbelastungszeuge trat für ihn in der Schöffengerichtsverhandlung Harber auf, er bekundete, er habe wohl beim Wirt Bier getrunken, doch sei dies nach der Sitzung gewesen. Er habe, ehe er in die Herzfeldsche Sprechstunde ging, bei der Arbeiterfrau Niemann einen Keller voll Klöße und Pfäuten gegessen, das bestärke ihn in der Ansicht, daß die Sitzung schon vorüber war, als er sich in das Gasthaus begab. Der Staatsanwalt erhob daraufhin gegen Harber Anklage wegen Meineids und berief sich auf das Zeugnis eines Händlers Wulf, der behauptete, er sei zu gleicher Zeit mit Harber bei der Frau Niemann gewesen, und Harber habe dort überhaupt keine Klöße gegessen. Vier andere Zeugen versicherten dagegen, sie hätten den Harber bei der Frau Niemann Klöße essen gesehen; nur behauptete die jedenfalls stark eingeschüchterte Frau selbst es sei dies nach der Sprechstunde gewesen. Der Belastungszeuge Wulf, der gegen Harber Anzeige erstattet hatte, wurde im Laufe der Verhandlung derart bloßgestellt, daß ihn selbst der Staatsanwalt preisgeben mußte. Dieser vertrat aber nunmehr den Standpunkt, der Angeklagte habe allerdings Klöße gegessen, doch sei es nicht vor der Sprechstunde, sondern nach der Sprechstunde gewesen. Harber habe unter seinem Eide die Unwahrheit gelagt, um „im sozialdemokratischen Parteinteresse“ den Wirt vor Verhaftung wegen Bierauschanks während der Sitzung zu schützen. Die Geschworenen (Neben Guttschewski, ein Förster, ein Fabrikant, ein Hauptmann a. D., ein Postmeister und ein Professor) gingen tatsächlich auf die ungeheuerliche Konstruktion des öffentlichen Anklägers ein, und das Gericht verurteilte Harber, den Vater von acht lebenden Kindern, zu zwei Jahren Zuchthaus!

Schwerin. Wieder zwei Opfer des Eises. Am Sonnabend morgen brachen auf dem Ostsee See dicht beim Schlachthause vier Knaben auf dem Eise ein. Zwei davon wurden gerettet, während die beiden anderen, erst einige Stunden später als Leichen geborgen werden konnten; es waren dies die beiden Knaben Wiente und Lange im Alter von 11 und 13 Jahren.

Bremen. Sorgenvolle ernste Deutsche... Bei der Schaffermahlzeit in Bremen, einem Anlaß zu guten Essen und patriotischen Trinksprüchen, redete Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg eine Rede, in der es nach der „Weserztg.“ heißt:

„Wohin wir auf dem Erdball kommen, zeigen sich uns die prächtigen deutschen Schiffe. Aber wie steht es mit dem alten Geiste, der diese Position geschaffen, in der Ferne und daheim? Unter schwarz-weiß-rotem Luche und hoher Schale, was sieht man? Wilden Konkurrenzkampf, einen Kampf aller gegen alle! Und das zu einer Zeit, wo im Frieden sich alle Kräfte zusammenschließen sollten zu einmütigem Vorgehen. Schritt für Schritt sehen wir draußen die Deutschen zurückweichen. Manch ernter Deutscher steht Sorgenvoll, wie hier und da die deutsche Flagge der Union Jack oder dem Sternennbanner oder gar dem gelben Drachen Platz macht. Möchte von hier aus, von den Mitgliedern des Hauses Seefahrt der Ruf erschallen, ehe es zu spät ist: Alle Mann an Deck! Schließt Euch alle zusammen, die Ihr ein Interesse an Handel und Schifffahrt habt, auch Schiffbau und Bergbau und Industrie.“

Die Scharfmacher „Post“ meint, die Mahnung des Herzogs sei an die falsche Adresse gekommen. Denn die Schifffahrtsgesellschaften und die Industrie hätten, trotz der oft schwächlichen Haltung der deutschen Regierung überall vorwärts und haben eine Position nach der andern erobert. Der Herzog sollte seine Mahnung an die deutsche Regierung richten. — Agrarische Blätter saßen die Rede des Sorgenvollen bekümmert als eine Propagandarede für den Danabund auf.

Kommunales.

Berliner Steuerlegen. Der Berliner Magistrat hat am Freitag beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung die Erhebung eines Zuschlags zur Einkommensteuer von 110 Prozent und zur Grundsteuer von 165 Prozent bei gleichzeitiger Erhebung einer Luxussteuer vorzuschlagen. — Diese Vorschläge werden als Folgen des Zweierbundesgesetzes aufgefakt, das damit seine Schatten vorauswerfe.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 11. Februar.

Bauern-Butter Rfd. 1.20—1.30 Mk. Meierei-Butter Rfd. 1.40 Mk. Käsen 3.00—3.50 Mk. Enten 4.00—4.50 Mk. Fühner 2.00—2.80 Mk., Rufen Stk. 2.00—2.80 Mk., Tauben Stück 0.55—0.70 Mk., Gänse Rfd. —0.70 Mk., Fliedgans 2. Mk., Schinken Rfd. 0.88—0.93 Mk., Schweinestopf Rfd. 55—60 Rfa., Markt Rfd. —1.20, Eier Stück 9 Rfa., Fertige 5 St. 20 Rfa., Dörche genüg., Schwammerlische genüg., Karpfen 1.00—1.10 Mk., Geruch, Vachs Rfd. 1.00—2.00 Mk., Schlete Rfd. 1.40—1.60 Mk., Brachsen 60—70 Rfa., Sechte Rfd. 70—80 Rfa., Parische Rfd. 70 Rfa., Mal Rfd. —1.00 Mk., Karauschen Rfd. — Rfa., Gemüse genüg., Mlummentöhl d. Kopf 0.80—0.90 Mk., Kohl 100 Rfd. — Mk., Gurken, 100 Rfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige Rfd. — Mk., Nessel, verschiedene pr. 100 Rfd. — Mk., Rraumen, pr. 100 Rfd. — Mk., Kirchen Rfd. — Rfa., Kartoffeln pr. 10 Pfund 50—70 Rfa. — Rfa.

Briefkasten.

Eine Unwissende. 1. Sie müssen sich zunächst auf dem hiesigen Meldeamt erkundigen, wohin sich der Betreffende abgemeldet hat. Dann müssen Sie von dem Meldeamt des Ortes, nach dem sich die Person begeben hat, weitere Erkundigungen einziehen. — 2. Aus diesem Grunde allein nicht. Dem Scheidungsprozess muß ein Sühneveruch vorausgehen. Ist nach Statfinden derselben innerhalb eines Jahres die Ehe nicht wieder hergestellt, kann erst auf Scheidung geklagt werden und zwar von der Partei, die ehedort lassen ist. — Sollten Sie weitere Hilfe oder Auskunft gebrauchen, wenden Sie sich an das Arbeitersekretariat, Johannisstraße 48, welches Ihnen gern zur Seite stehen wird.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: F. H. Schmarz, Druck: Friedr. Meiner u. Co. Sämtlich in Lübeck.

„Komitee- und
Kommissionssitzungen“

V. u. A.
Mittwoch abend, 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Sonntag vormittag entschlief sanft
nach kurzer schwerer Krankheit
unsere liebe Mutter, Schwieger- und
Großmutter

Margarethe Friedrichsen

geb. Maack
im 71. Lebensjahre, tief betrauert
von den übrigen.

Trenn, den 13. Februar 1911.
Die Trauerfeier findet am Mitt-
woch, den 15. Februar, 1 1/4 Uhr,
in der Kapelle Vorwerk statt.

Am Sonntag morgen 4 Uhr starb
nach langen Leiden mein lieber
Sohn und meiner Kinder guter
Bruder

EMIL
im 20. Lebensjahre. In tiefer Trauer
Elisabeth Werner Wwe.

Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, dem 15. Februar, nachmittags
3 1/4 Uhr, von der Kapelle des Vor-
werkes Friedhofes aus statt.

Montag morgen 8 1/2 Uhr starb
unsere liebe Mutter, Schwieger- u.
Großmutter

Marg. Stallbaum, geb. Utesch,
im 87. Lebensjahre. In Namen
der Hinterbliebenen

Aug. Sparmann und Frau,
geb. Stallbaum.

Beerdigung am Donnerstag 10 1/4
Uhr von der Kapelle Burgtor.
Trauerfeier 10 Uhr.

Für erwiesene herzliche Teilnahme
und reichen Kranzpenden bei der
Beerdigung unserer lieben Mutter
und Großmutter

Maria Möller Wwe.
geb. Zieten, verw. Kröpflin,
sagen allen Beteiligten, insbesondere
Herrn Pastor Stücklen für die trost-
reichen Worte innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Andreas Behrens auf der Clever-
landwehr noch nachträglich besten
Glückwunsch zum Wiedenfeste, das
das ganze Haus mit der 9 Schornsteinen
machelt. Ob he sit woll wart marken
lett. De böstigen Seelen.

Insern Kollegen **Max Ohnesorge**
zu seinem 37. Geburtstag ein 11 mal
donnerndes Hoch, das die ganze
Margaretenstrat machelt.

Zum 1. April eine Zwei-Stuben-
Wohnung mit Stall u. Garten zu
vermieten. **Küntzel, Schönböden.**

Gerrenjahrrad, Freil. m. Räder.
billig zu verk. **Marlstr. 35.**

Rabattmarken!

Unsere alten Rabattmarken sollen bis zum 1. März
d. J. aus dem Verkehr gezogen werden.

Alle Sparbücher

in welchen sich noch alte Rabattmarken befinden, ganz gleich,
ob die Bücher ganz oder nur teilweise gefüllt sind, werden
bis zum 1. März d. J. beim Vorschuss- und Spar-Verein
in Lübeck, Fleischhauerstraße 19, eingelöst.

Vom 1. März d. J. an sind nur unsere neuen Rabatt-
marken mit dem Adler gültig.

Der Vorstand des Rabattsparvereins „Lubeca“ e. V.
F. W. Mangels, 1. Vorsitzender.

Ein Damen-Maskenanzug
zu vermieten oder zu verkaufen.
Sedanstraße 26 b.

Tüchtige
Arbeiterinnen
gesucht.

August Schuhmacher.
Ernestinenstraße 3.

Delikatens Frühstückskäse
a Stück 5 Pfg. empfiehlt
Joh. Böttcher, Reiterstraße 43.

Figarren
en gros u. en detail
reelle u. gute Ware
empfehl.
HEINR. HAGELSTEIN
Königsstraße 85

Wo kauft man am billigsten
getragene Taschen-Uhren, Musik-
Instrumente u. verschiedene andere
Sachen gut und billig, nur
Hörstr. 121, vis-à-vis d. Badeanst.

Achtung!

Deutscher
Holzarbeiter-Verband.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, d. 14. Februar
abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Witters**
über die gegenwärtige Lage in
der Holzindustrie.
2. Bericht der Aufsichts-Kommission
des paritätischen Arbeitsnach-
weises.
3. Verschiedenes.

Die Lokalverwaltung.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, d. 15. Februar 1911
abends 8 Uhr.

in der Stadthalle:
19. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:
Kapellmeister **Hermann Abendroth.**
Solisten die Herren Kapellmeister
de Ruyter-Korver u. Stumpf.
Zur Ausführung kommen u. a.:
Ouverture zu Iphigenie in Aulis
Ch. W. Gluck.
Intermezzo aus Cavalleria rusticana
P. Mascagni.
Süsse Mädchen, Walzer **J. Reinhardt.**
Programm im Lübecker Konzert-
Anzeiger.

Hansa-Theater

Täglich abends 8 1/2 Uhr.
Gastsp. Budap. Folies-Cap.
Was fehlt Madame.
Schwank in 1 Akt.
Ein lediger Ehemann
Schwank v. Glinger u. Lavffig.
Kobi Krach
auf der Hochzeitsreise.
Burleske von Lauffein.
Vorverkauf bei Sager.

Neues Stadttheater.
Dienstag, 14. Febr. Abds. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit
Schauspiel von Sophus Michaëlis.
Mittwoch, 15. Febr. Abds. 8 Uhr.
Bei Heinen Preisen!
Die Förster-Christi
Operette von Georg Farno.
Zu Vorbereitung:
Der König (Le Roi)
Lustspiel von Gailkvet.

Graphische Liedertafel.

Sonntag, den 19. Febr. 1911,
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52!

Winter-Fest.

Konzert, Aufführungen, Ball.
„Der Herr im Hause“.
Anfang 6 1/2 Uhr. Eintritt 60 Pfg.

Achtung Schneider!

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, d. 14. Februar
abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

- Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Ball.
 2. Wahl der Agitations-Kommission
für den vierten Bezirk.
 3. Bewilligung von Gelder aus der
Lokalkasse.
 4. Verschiedenes.
- Die Ortsverwaltung.

Einladung zur Feier des

22. Stiftungs-Festes

der
Lübecker Genossenschafts-Bäckerei
bestehend in Konzert, Vorträgen und Ball

am Montag, dem 20. Februar 1911,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Lokalöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Kartenspreis 70 Pfg.
Der Aufsichtsrat und Vorstand.

Ball der Former Lübeds

am Sonnabend, dem 18. Februar 1911
im Lokale des Herrn Fürbötter, „Wakenitz-BelleVue“.
Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr. Einführung gestattet.
Das Komitee.

Konzerthaus Heinrichshof.
Am Donnerstag, dem 16. Februar 1911:

Letzter Familienball
mit Maskerade und Kappenfest.
Öffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr. Maskenzug 9 Uhr.
Demaskierung 12 Uhr. Abonnenten zahlen 20 Pfg. an der Kasse.

Central-Hallen.

Donnerstag, den 16. Februar 1911:
Benefiz-Ball der Bedienung.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
Die Bedienung.

Zu dem am Dienstag, dem 14. Februar, stattfindenden
Grünkohllessen
ladet ergebenst ein.
Restaurant **Lemke, Engelsgrube 87.**

Am Dienstag, dem 14. Februar,
und folgende Tage findet im
Apollo-Lichtbild-Theater, Mühlenstr. 46,
neben dem großen Schlager-Programm die Vorführung der
Beerdigung des eben verstor-
benen Führers **Paul Singer**
statt. Die Direktion.

Epur

Für die Wäsche
das Beste!
3/4 Pfund 60 Pfg
1/2 Pfund 30 Pfg

Unbedingt
das einfachste **Waschmittel**

Generalvertreter: **Karl Hensel, Hamburg, Gerhofstr. 32.**

Ausnahmepreis für unsere Leser!



Kapit. Marryats Werke.

Neue illustrierte
Pracht-Ausgabe.

Ans dem Inhalt heben wir nur
einiges hervor: Jacob Ehrlich
Peter Sempel. — Der Pirat. — Das
Gespensterschiff. — Drei Küster
Wildlieb.

Reichhaltiger, hoch-
interessanter Inhalt.
2 elegante Pracht-Bände, großes
Format.

Beide Bände zu dem billigen
Preise von

nur Mark 3.—

Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.,**

Zu meinen am Dienstag, dem 14. Februar, stattfindenden

Grünkohl-Essen

Die Fremde und Bekannte ergebenst ein.
Anfang morgens 10 Uhr.
Hans Ehlers, Untertrave 61.